

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Marvin Feigl, Lena Roposa, Marius Gruber, Christoph Scheifflinger
Sophie Szklenar (Landesteam Burgenland), Marcus Lieder, Arman
Shariat*

Tagesordnungspunkt: *12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen*

KLBA: Burgenland AHS

Antragstext

- 1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
- 2 folgende Konsensliste für die burgenländische LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25 im
- 3 AHS-Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:

- 4 1 Sophie Szklenar

- 5 2 Christoph Scheifflinger

- 6 3 Valentina Stark

ANTRAG

*Antragsteller*in:* Marvin Feigl, Lena Roposa, Marius Gruber, Christoph Scheifflinger
Sophie Szklenar (Landesteam Burgenland), Marcus Lieder, Arman
Shariat

Tagesordnungspunkt: 12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen

KLBB: Burgenland BMHS

Antragstext

1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
2 folgende Konsensliste für die burgenländische LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25 im
3 BMHS-Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:

4 1 Lena Roposa

5 2 Marius Gruber

6 3 Salih Sert

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elia Lambourne, Victoria Korbiel*

Tagesordnungspunkt: *12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen*

KLOB: Oberösterreich BMHS

Antragstext

- 1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
- 2 folgende Konsensliste für die Oberösterreichische LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25
- 3 im BMHS-
- 4 Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:

- 5 1. Elia Lambourne-Grüneis

ANTRAG

Antragsteller*in: *Felix Wimmer, Arman Shariat*

Tagesordnungspunkt: *12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen*

KLSA: Salzburg AHS

Antragstext

1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
2 folgende Konsensliste für die Salzburger LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25 im AHS-
3 Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:

4 1) Felix Wimmer

5 2) Jonas Jetzl

6 3) Isabella Riegler

7 4) Luca Ebner

8 5) Leah Fuchs

ANTRAG

*Antragsteller*in: David Hölzler, Victoria Korbiel*

Tagesordnungspunkt: 12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen

KLSTA: Steiermark AHS

Antragstext

- 1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
- 2 folgende Konsensliste für die Steirischen LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25 im AHS-
- 3 Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:
- 4 1. David Hölzler

ANTRAG

*Antragsteller*in:* Oleksa Woloschtschuk, Victoria Korbiel

Tagesordnungspunkt: 12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen

KLTA: Tirol AHS

Antragstext

- 1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberalen Schüler:innen -JUNOS bestätigt
- 2 folgende Konsensliste für die Tiroler LSV-Wahl im Schuljahr 2024/25 im AHS-
- 3 Bereich mit folgender eingebrachten Reihung:
- 4 1. Oleksa Woloschtschuk

ANTRAG

Antragsteller*in: *Anselm Elias Husz, Lorenz Unger, Louis Oberhammer (Landesteam Wien), Marcus Lieder*

Tagesordnungspunkt: *12. Bestätigung der Konsenslisten zu den LSV-Wahlen*

KLWA: Wien AHS

Antragstext

- 1 Die X. Mitgliederversammlung der Junge liberale Schüler:innen - JUNOS bestätigt
2 folgende Konsensliste für die Wiener LSV-Wahlen im Jahr 2025 im AHS-Bereich:
- 3 1. Anselm Ginthör Weinwurm
- 4 2. Alisa Gradiscevic
- 5 3. Amelie Peters
- 6 4. Elisa Herget
- 7 5. David Studeny
- 8 6. Boris Andreev
- 9 7. Hanna Peresztegi-Nagy
- 10 8. Manuel Jonovic
- 11 9. Angelina Kaiser
- 12 10. Valentin Schmidbaur

ANTRAG

Antragsteller*in: Arman Shariat, Lorenz Horvath, Frederik Witjes, Marcus Lieder, Flora Majcen, Karin Auer, Markus Lamprecht, Victoria Korbiel und Jakob Dirnböck (Bundesvorstand)

Tagesordnungspunkt: 13.1. Anträge zu den Rechtsnormen

SA: Statutenantrag

Antragstext

Fördermitgliedschaft

Statuten:

§5 Abs. 3 ändern zu: Personen, die sich durch ihr Engagement für den Verein und ihrer Verbindung zu den JUNOS Schüler:innen verdient gemacht haben, kann vom Bundesvorstand die Ehrenmitgliedschaft, welche mit keinen Rechten und Pflichten verbunden ist, verliehen werden. Ehrenmitglieder können mit Ausnahme der Rechnungsprüferinnen oder dem Schiedsgericht keine Organfunktion übernehmen.

§5 Abs. 3 ändern zu: Fördermitglied können juristische Personen und alle natürlichen Personen werden. Fördermitglieder haben individuelle Fördermitgliedsbeiträge zu entrichten, welche mindestens einen Euro im Monat betragen müssen.

BSV

Statuten:

§11 Abs. 4d ersatzlos streichen.

§12 Abs. 2 Der erweiterte Bundesvorstand setzt sich aus den Mitgliedern des Bundesvorstandes, den Landesvorsitzenden der Landesorganisationen oder ernannten Landeskoordinatorin und der BSV-Klubvorsitzenden zusammen. Alle Landesvorsitzenden bzw. Landeskoordinatorinnen dürfen sich von einer Person aus ihrem Landesvorstand oder ihrer Stellvertretung vertreten lassen.

ANTRAG

*Antragsteller*in: Lorenz Horvath, Frederik Witjes, Arman Shariat, Marcus Lieder, Flora Majcen, Karin Auer, Markus Lamprecht, Victoria Korbiel und Jakob Dirnböck (Bundesvorstand)*

Tagesordnungspunkt: 13.2. Leitantrag des Bundesvorstands

LA: Wahlprogramme

Antragstext

1 JUNOS Schüler:innen ist kein Selbstzweck. Uns geht's nicht einfach darum, große
2 Partys zu veranstalten. Uns geht's nicht darum, einfach nur ein großer
3 Freundeskreis zu sein. Uns geht's nicht darum, eine weitere Sandkiste für die
4 Politiker:innen von morgen zu sein. Uns geht's darum zu gestalten. Wir treten
5 mit Inhalten an.

6 Wir haben uns gegründet, weil es so nicht mehr weitergehen kann. Weil es endlich
7 eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule braucht, die
8 uns zu wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen macht.
9 Weil wir kein Schulsystem wollen, dass seine Schüler:innen nur in Schubladen
10 steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten, die sie für ein
11 freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen Bildungssystem nicht mehr,
12 sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie und Transparenz für uns
13 selbstverständlich sind.

14 Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen:
15 Uns geht es um eine Schule der Freiheit. Eine Schule, die uns zu
16 selbstbestimmten Bürger:innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen
17 bietet. Eine Schule, die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

18 Dieses Programm geht mit einem Anspruch einher. Wir wollen die
19 Landesschüler:innenvertretungen und die Bundesschüler:innenvertretung endlich
20 zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die
21 Schüler:innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern
22 durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil dieses
23 Wahlprogramms vorlegen.

Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landesschüler:innenvertretungen auch konkrete Projekte umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landesschüler:innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen.

Jetzt bist du am Zug:

Du kannst mit JUNOS Schüler:innen für Fortschritt statt Stillstand sorgen und somit einen Zukunftsmotor in deine LSV bringen!

Freiheit

Unsere Vision ist eine Schule der Freiheit. Um das Beste aus unserem Bildungssystem herauszuholen, braucht es Autonomie und Gestaltungsfreiraum. Diese Freiheit braucht es sowohl für die Schüler:innen selbst als auch den Schulstandort. Das österreichische Bildungssystem muss vielfältiger werden, um sich an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen zu können. Um diese Individualität zu gewährleisten, muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch, was sie sein will.

Schulautonomie

Schulautonomie ist das Herzstück eines liberalen Bildungssystems. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden. Schulen sollen die Möglichkeit haben, sich ihr Lehrpersonal selbst auszusuchen, denn sie wissen am besten was und wen sie brauchen.

- Wir fordern, dass den einzelnen Schulen volle Personalhoheit zugestanden wird. Ein objektivierbares und bei Möglichkeit anonymisiertes Rahmenverfahren soll hierfür herangezogen werden, um gegen Rassismus und andere subjektive Wahrnehmung im Einstellungsprozess vorzugehen. Dabei sollen die Schüler:innenvertreter:innen im Bewerbungsverfahren involviert sein, nach verpflichtender Aufklärung durch die Direktion über den Prozess einer Bewerbung und genug Informationen, sowie Aufklärung über das Tätigkeitsprofil der gesuchten Lehrkraft.

- Wir fordern, dass Schulen auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Dies soll im SGA entschieden werden. Hierzu sollen stichprobenartig Kontrollen der Bildungsdirektion im jeweiligen Bundesland stattfinden, um einen konformen Ablauf zu gewährleisten.

Bildungsservice statt Bildungsdirektion

Die Bildungsdirektionen sind derzeit mit sehr viel Macht ausgestattet. Sie vollziehen das gesamte Schulrecht in ihrem Bundesland, vollziehen also zum Beispiel das Dienstrecht gegenüber dem Lehrkörper und den Direktor:innen und zeichnen verantwortlich für die Organisationsformen der Schulen. Viel zu oft liegt es an der viel zu politisierten Bildungsdirektion, die Schulen zu kontrollieren - oder vielmehr einzuschränken. Ein echtes und mutiges Autonomiepaket würde ihnen diese Kompetenzen nehmen. Wir wollen sie von einem Kontrollorgan zu einem Serviceorgan machen.

- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices mit einem breiten Fortbildungsangebot für Lehrkräfte und Direktionen den Schulen unter den Arm greifen sollen. Sie sollen dabei neuartige pädagogische Konzepte weiterreichen und unter den betroffenen Stakeholder:innen verbreiten - das kann zum Beispiel auch die Schüler:innenvertreter:innen betreffen.
- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices auch über ein Budget verfügen sollen, um innovative Projekte an Schulen zu fördern. Hierbei gilt es vor allem, bestehende Erfolgsbeispiele herauszugreifen und dabei mitzuhelfen, sie in weiteren Schulen zu implementieren. Dadurch können die neuen Bildungsservices zu wirkmächtigen Innovationstreibern im österreichischen Bildungssystem werden - und neben mehr Wettbewerb und Autonomie einen zentralen Platz in einem leistungsfähigeren System einnehmen.

Zusammenarbeit stärken

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essenziell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders.

- Wir fordern, dass Schulen Cluster bilden sollen. Dabei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schüler:innen einen Teil des Unterrichts in einer anderen (Partner-)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur:innen rund um die Schule einbindet und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzen, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

- Wir fordern ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs Nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert:innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

Freiheit für Schüler:innen

Schüler:innen werden in ein jahrzehntealtes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche alle Schüler:innen besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wider. Wenn Schüler:innen nach der Schule verantwortungsbewusste Personen sein sollen, muss man ihnen auch schon in der Schule Verantwortung geben.

- Wir fordern die Einführung eines modularen Systems mit Grundkursen, die jede:r Schüler:in absolviert und darauf aufbauend frei wählbare Fächer. Konzepte wie Clusterschulen erachten wir in diesem Zusammenhang für sinnvoll. Schüler:innen müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheidend sein.

- Wir fordern, dass Schüler:innen in der Oberstufe ab einer gewissen Leistung vom Unterricht fernbleiben dürfen, um ihnen mehr Freiheit zu geben.
- Wir fordern, dass es Schüler:innen leichter gemacht wird, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule finanziell unterstützt werden, damit die Schüler:innen gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schulen allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen wohin das Geld investiert wurde.
- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt dabei unterstützt werden an Programmen wie Erasmus+ teilzunehmen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler:innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler:innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler:innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.
- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich abseits des starren Frontalunterrichts erledigen. Besonders wichtig sind hier Gruppenarbeiten, um Teamfähigkeit und Organisation besser zu erlernen.

Individueller Bildungsweg

Oftmals wird der Bildungsweg für Schüler:innen vorgegeben. Die Wahlmöglichkeiten sind oft sehr eingeschränkt. Es muss klar sein, dass es nicht den einen richtigen Bildungsweg gibt.

- Wir fordern, dass die Lehre aufgewertet wird und spätestens in der Oberstufe über die Wahlmöglichkeiten, wie beispielsweise das Studium, vermehrt aufgeklärt werden. Dazu gehört aber auch, vielfältigere Bildungswege zu schaffen.

Matura

Die Matura wird oft als Schlüssel zum Leben in Freiheit gesehen. Dazu gehört aber, dass diese zentralisierter wird und aufgewertet wird.

- Wir fordern eine wirklich zentrale Matura. Die Korrektur hat von einer Lehrkraft einer anderen Schule vorgenommen zu werden, und die Arbeiten müssen anonymisiert werden. Die Matura soll auch die erbrachten Leistungen der Oberstufe berücksichtigen. Hier gilt es eine stichprobenartige Kontrolle der Benotung durchzuführen.

Chancengerechtigkeit

Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem:r Schüler:in die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie immer neue Ungerechtigkeiten.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Dieser Zeitpunkt der Trennung ist unseres Erachtens nach viel zu früh. Um diese viel zu frühe und strikte Trennung zu entschärfen, braucht es eine differenziertere und gerechtere Lösung.

- Wir fordern also eine gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung in der Sekundarstufe I. Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schüler:innen beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Grundsatz von so viel Schulautonomie wie möglich und so wenig

Zentralisierung wie nötig gelten soll.

Finanzierung durch Bildungsschecks

Schulen müssen ein Interesse daran haben, Schüler:innen von ihren Leistungen zu überzeugen. Sich stetig zu verbessern, Neues umzusetzen und Vorreiterrollen einzunehmen, muss zur Aufgabe einer jeden Schule werden und soll gewährleisten, dass wir Bildungsstätten, statt Betreuungsstätten schaffen. Es braucht den Wettbewerb zwischen den Schulen, um die besten Ideen hervorzubringen und das geht nur über das Prinzip von Angebot und Nachfrage.

- Wir fordern, dass jeder Mensch zwischen dem 2. und dem 20. Lebensjahr (bis zur vollendeten Volljährigkeit via seinen Erziehungsberechtigten, darüber hinaus direkt selbst) einen Bildungsscheck erhält. Dieser kann in jeder Bildungseinrichtung inklusive elementarpädagogischen Einrichtungen, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen jeglicher Art sowie Kursen, eingelöst werden. Dabei sind sowohl private als auch öffentliche Träger inkludiert. Anteilig soll jene Summe des Schulbudgets geteilt durch die Anzahl der Schüler:innen, die Höhe der Schecks ausmachen. Hierbei gilt es das Bildungsbudget grundsätzlich auf 6,5% des BIP zu erhöhen.
- Wir fordern, dass Schülerinnen mit mehr Förderbedarf, sprich jene mit zum Beispiel nicht-deutscher Muttersprache oder solchen aus bildungsferneren Familien, anteilig einen höheren Bildungsscheck ausgezahlt wird.

Mit diesen Mehreinnahmen können Schulen innovative Projekte, mehr Personal und Einzelmaßnahmen für eine chancengerechte Schule bereitstellen. Diese können beispielsweise in Absprache mit Expert:innen individuell adaptiert werden. Gleichzeitig führt diese Maßnahme dazu, dass Schulen keine direkten Nachteile dadurch erleiden, wenn diese Schüler:innen mit mehr Förderbedarf unterrichten. Das führt wiederum zu einer erhöhten sozialen Durchmischung. Auch können einzelne Standorte mit erhöhtem Bedarf besonderes Know-How in dem Bereich aufbauen und praxisorientiert Vorreiterpositionen einnehmen.

Ganztagsschule

Für uns heißt Chancengerechtigkeit auch, dass der Bildungsgrad nicht nur von dem der Eltern abhängt. In einem chancengerechten Bildungssystem soll der

Bildungsgrad der Eltern genau so wenig eine Rolle spielen wie deren finanzielle Ressourcen.

- Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Ganztagschule in Österreich. Diese soll absolut kostenfrei sein. Eine Ganztagschule muss jedoch auch auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen, und mehr als eine reine Betreuungsstätte sein. Denn eine Schule kann nur dann eine echte Schule sein, wenn die Schüler:innen sie nicht als Zwang und Einengung erleben. Deshalb dürfen die Schüler:innen nicht zu stundenlangen Frontalunterricht gezwungen werden. Im Sinne der Schulautonomie, soll es dennoch möglich sein in begründeten Fällen das Modell der Halbtageschule zu wählen.

Gleichberechtigung in der Schule

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Gleichberechtigung sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

- Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmer erhält. Dabei spielt die Thematisierung von "rolemodels" und die Distanzierung von Rollenklischees eine wichtige Rolle.
- Wir fordern, dass der Sportunterricht nicht mehr geschlechtergetrennt abläuft, sondern dieser grundsätzlich koedukativ gestaltet wird. In gewissen Situationen muss es jedoch differenzierte Ansätze geben, um auf alle Interessen acht zu geben. Im gemeinsamen Turnunterricht sollen auch zwei Lehrer:innen unterrichten. Beide sollten nicht das gleiche Geschlecht haben, um allen Schüler:innen eine Ansprechperson zu bieten.
- Wir fordern eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigtere Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte.
- Wir fordern, dass Schüler:innen Informationen darüber erhalten, wo sie

Geschlechterdiskriminierung seitens Lehrer:innen melden können. Sollte es keine Meldestelle geben, soll eine geschaffen werden.

Integration als Chancenmotor

Ein wirklich funktionierendes Zusammenleben kann nur zustandekommen, wenn Integrationsmaßnahmen nicht von oben herab vorgeschrieben werden. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-Down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen „vorschreiben“, sondern wollen die Schulen ermutigen eigene Wege zu gehen.

- Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler:innen in das Schulleben zu erreichen. Dabei sollen Expert:innen des Bildungsministeriums unterstützen und evaluieren. Es ist hierbei elementar, dass die Direktionen und SGA Mitglieder über ausreichend Kompetenz beim Thema Integration verfügen, dies soll unter anderem durch Schulungen erreicht werden.
- Wir fordern, dass Schulen dabei unterstützt werden beim Fremdsprachenunterricht zu kooperieren, um so das Fremdsprachenangebot zu erweitern. So kann das Verständnis für verschiedene Kulturen erweitert werden.
- Wir fordern statt pauschalisierenden Deutschförderklassen individuelle Deutschförderung. In diesem Zusammenhang fordern wir ein Stufen-Modell, damit die Deutschförderung an das individuelle Deutschniveau angepasst werden kann.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte gezielt zum Thema Integration in der Schule ausgebildet werden. Darüber hinaus braucht es eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

- Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen.

Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen.

Gleichzeitig soll in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden.

Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können. Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterrichts bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.

- Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann

Um den immer größer werdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft. Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

- Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird

Förderung für jede:n

In diesem Jahrhundert kann es nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung unzureichend individuell gefördert werden. Es braucht hier größtmögliche Freiheit durch Inklusion, statt Separation.

- Wir fordern, dass mit künftigen Um- und Neubauten, Schulen barrierefrei gemacht werden und Schulen, die gerade nicht barrierefrei sind, oder nicht über die technische Infrastruktur verfügen, vom Bildungsministerium angeregt und gefördert werden, dies zu ändern.
- Wir fordern, dass Sonderschulen für alle Schüler:innen geöffnet werden und dass es langfristig keine Sonderschulen mehr gibt bzw. jede Schule eine solche wird. Dadurch wird jede Schule, auch jede derzeitige Sonderschule, automatisch zu einer inklusiven Schule, die jede:r besuchen kann.
- Wir fordern die Einführung eines Inklusionsbonus im Rahmen eines transparenten Chancenindex für die Finanzierung von Schulen. Expert:innen sollen hierbei die Höhe der Boni auf Basis von verschiedenen Faktoren (z.B. Grad der Behinderung, etc.) festlegen. Die Boni sollten jedenfalls an die Inflation indexiert werden.
- Wir fordern, dass allen Lehrkräften während des Lehramtsstudiums die Grundlagen der inklusiven Pädagogik vermittelt werden.
- Wir fordern, dass es genügend Weiterbildungen in Sachen inklusiver Unterricht gibt, damit auch für schon länger unterrichtende Lehrkräfte Inklusion zur Normalität wird und sie auf alle ihre Schüler:innen gebührend eingehen können.
- Wir fordern, das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Jugendliche mit Behinderung. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung dafür immer noch eine Sondergenehmigung brauchen.
- Wir fordern, dass bereits in der Volksschule Workshops, bestenfalls von externen Personen, stattfinden, um den Schüler:innen den Umgang mit dem Thema Behinderung zu lehren.

Mentale Gesundheit

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler:innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien. Stand November 2021 weisen 58% der 14-20-Jährigen Depressive Symptomatiken auf. Besonders dramatisch ist, dass Stand November 2021 44% der 14-20-Jährigen Suizidale Gedanken aufweisen. [Piehet al., 2021, JAMA Network Open; Dale et al. Eur Child Adolesc Psychiatry, 2022 (Online Studie, n=1.505)] Hier hat die Schule eine Mitverantwortung. Es braucht dringend staatliche Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften. So wie es in jeder Schule eine:n Schularzt bzw. Schulärztin gibt, braucht es in jeder Schule genug psychologisches und psychotherapeutisches Angebot.

- Wir fordern eine Steigerung der Menge an Schulpsycholog:innen an den einzelnen Schulen. Ziel sollte durch diese Steigerung sein, dass alle Schüler:innen regelmäßige Routineuntersuchungen bekommen.

Mündigkeit

Schule ist kein Selbstzweck, sondern soll Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes und mündiges Leben vorbereiten. Es braucht also eine Schule der Mündigkeit. Dieser Aufgabe wird Schule derzeit nicht gerecht, deshalb braucht es mutige Forderungen, damit Schule die Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

Politische Mündigkeit

Demokratie muss man lernen. Und viel zu viele heutzutage sind dabei auf sich alleine gestellt. Nur in einer Gesellschaft, in der man von klein auf Demokratie lernt, versteht, wie sie funktioniert und ihre Prinzipien verinnerlicht, ist diese wirklich sicher. Dazu gehört auch zu lernen, wie man Quellen bzw. Medien analysiert und kritisch hinterfragt. Um Demokratie und deren Institution zu verstehen, reicht es aber nicht nur darüber zu lernen, sondern man muss sie auch erleben. Zur Demokratie gehört aber genauso die eigene Vertretung, über die man in der Schule lernen sollte. Die Schüler:innenvertretung ist ein Recht, über das aufgeklärt werden muss. Und genauso viel muss über andere Rechte in der Schule aufgeklärt werden.

- Wir fordern eine echte politische Bildung, die sich viel vertiefender mit unserer Demokratie befasst, ab der 7. Schulstufe, damit auch wirklich

366 jede:r von ihr profitieren kann.

367 • Wir fordern im Unterricht einen Fokus auf Institutionen-, Demokratie- und
368 Medienkunde, um die Bürger:innen von morgen demokratiepolitisch zu
369 bilden.

370 • Wir fordern, dass jede:r Schüler:in mindestens einmal während der
371 Sekundarstufe I nach Wien und während der Sekundarstufe II nach Brüssel
372 reisen soll, um unsere demokratischen Institutionen hautnah zu erleben.
373 Für einkommensschwache Familien soll diese Reise leistbar gemacht werden.

374 • Wir fordern eine im Unterrichtsplan verankerte Aufklärung über die
375 überschulische Vertretung LSV und BSV sowie die innerschulische
376 Vertretung.

377 • Wir fordern, dass im Unterricht vermehrt Rechte unserer demokratischen und
378 rechtsstaatlichen Gesellschaft gelehrt werden.

379 • Wir fordern, dass Podiumsdiskussionen von Direktionen, Lehrkräften sowie
380 der LSV gefördert werden, um den politischen Diskurs zu stärken.
381 Darüber hinaus sollen für diesen Zweck auch vermehrt Diskussionsrunden
382 im Klassenverband geführt werden.

383 **Wirtschaftliche Mündigkeit**

384 Im Moment ist es leider so, dass die wirtschaftliche Bildung der Schüler:innen
385 von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Bei der großen Mehrheit der
386 Schüler:innen kommt Wirtschafts- und Finanzbildung weiterhin zu kurz. Wir sind
387 der festen Überzeugung, dass am Ende der Schulzeit alle Schüler:innen ein
388 grundlegendes Verständnis für wirtschaftliche Fragen haben müssen, um ein
389 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Damit Schule diesem Ziel gerecht
390 werden kann, muss einerseits der Rahmen dafür geschaffen werden und
391 andererseits die Methoden verändert werden.

392 • Wir fordern, dass das Fach "Geographie und wirtschaftliche Bildung" in der

Unterstufe deutlich mehr wirtschaftliche Themen als bisher behandelt.

- Wir fordern, dass in der Sekundarstufe II unabhängig von "Geographie und wirtschaftliche Bildung" das Fach "Wirtschafts- und Finanzbildung" eingeführt wird, sofern spezifische Fächer dieser Art noch nicht vorhanden sind. Dabei soll auch der Rahmen geschaffen werden, tagesaktuelle wirtschaftliche Themen zu behandeln. Außerdem soll mithilfe von Tools ein effizienter und verantwortungsvoller Umgang mit Geld gelehrt werden.
- Um Gelerntes anzuwenden, fordern wir die Möglichkeit an einem längerfristigen klassen- oder schulinternen Börsenspiel teilzunehmen, um das Gelernte risikofrei in die Praxis umzusetzen.

Religiöse Mündigkeit

Wir sind der festen Überzeugung, dass Religionen eine reine Privatsache sind. Umso mehr ist es für uns unerträglich zu sehen, wie die Schule als Projektionsfläche für Religionen aller Art genutzt wird. Für uns kann eine Schule nur dann eine echte Bürger:innenschule sein, wenn alle Religionen gleichberechtigt sind. Das Öffentlichkeitsrecht, die Anerkennung der Schule durch die Republik also, geht auch mit personeller und finanzieller Unterstützung einher. Wir sind ganz klar der Meinung, dass dieses Recht nur an jene vergeben werden soll, die ein religiös neutrales Schulumfeld sicherstellen können. Dabei ist dennoch zu beachten, dass für konfessionelle Privatschulen Sonderregelungen gelten sollten, da Schüler:innen sich dort bewusst dazu entscheiden in eine konfessionelle Schule zu gehen. Auch wenn wir gegen Privilegien einzelner Religionen sind, ist die Auseinandersetzung mit Religionen ein Schlüssel zu einem besseren Verständnis unserer Kultur und Geschichte und sollte daher weiterhin ihren Platz in der Schule haben.

- Wir fordern eine Koppelung des Öffentlichkeitsrechts an eine Abschaffung religiöser Symbole am Schulgelände. Davon sind konfessionelle Privatschulen ausgenommen.
- Wir fordern einen verpflichtenden Ethikunterricht an allen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht für alle Schüler:innen bis zum Erreichen der religiösen Mündigkeit (also mit 14 Jahren). In ihm sollen die Konzepte, die Auswirkungen und die Geschichte von allen Weltreligionen mit einem

425 vergleichenden und nicht wertenden Ansatz behandelt werden. Zusätzlich
426 soll für alle Schüler:innen weiterhin als aktive Wahl die Möglichkeit
427 bestehen, auf freiwilliger Basis einen Religionsunterricht ihrer Wahl zu
428 besuchen.

- 429 • An konfessionellen Privatschulen kann schulautonom entschieden werden
430 zusätzlich verpflichtenden Religionsunterricht anzubieten. Für uns ist
431 klar, dass Schüler:innen die Freiheit haben sollten ihre Religion ausleben
432 zu dürfen.

433 **Sexuelle Mündigkeit**

434 Sexualität ist Teil unseres Lebens. Und auf genau dieses Leben sollte die
435 Schule vorbereiten. Umso wichtiger ist hier eine gute Sexualkunde, um das Tabu
436 in der Gesellschaft zu brechen. Dabei soll die Schule auf ein freies und
437 selbstbestimmtes Leben vorbereiten, welches nicht von außen negativ beeinflusst
438 wird.

- 439 • Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei
440 sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und
441 Sexualitäten gesprochen werden. Die Aufklärung über sexuelle Gewalt,
442 Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie sollte dabei ebenfalls
443 Thema sein.
- 444 • Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des
445 vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet
446 werden kann. Dabei soll auf den Ausgleich von internen als auch externen
447 Expert:innen geachtet werden.
- 448 • Wir fordern, dass das Bildungsministerium mit einer Expert:innenkommission
449 drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe I und II, ausarbeitet.
450 Dabei ist es wichtig, dass der Lehrplan einsehbar ist, aber
451 Erziehungsberechtigte nicht spezifisch über den inhaltlichen Ablauf des
452 Unterrichts informiert werden.
- 453 • Wir fordern, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen
454 disziplinarische Maßnahmen angewandt werden.

- Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauenspersonen, die unterschiedliche Geschlechter haben, umgesetzt wird.

Digitale Mündigkeit

Wir können nicht unsere Augen verschließen vor neuen Technologien. Wir können nicht einfach weiter machen, wie bisher und dasselbe wie vor 50 Jahren in den Schulen lehren. Die KI-Branche entwickelt sich schon länger immer weiter, doch gerade jetzt erlebt ihre Präsenz einen Aufschwung durch künstliche Intelligenzen wie ChatGPT. Auch vor der Schule machen solche technologischen Entwicklungen keinen Halt. Wir können nicht so tun, als ob sich nichts verändert. Doch das Bildungsministerium und die Bildungsdirektionen machen nichts und verschließen ihre Augen vor der Veränderung. Schule muss Schüler:innen auch im Zukunftssektor der Digitalisierung bilden. Um die digitale Wende in der Schule zu schaffen, muss man an verschiedenen Schrauben drehen.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektionen und das Bildungsministerium Fort- und Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbietet. Diese Fort- und Weiterbildungen sollen mit Anreizsystemen niederschwellig in den Alltag der Lehrkräfte integriert werden.
- Wir fordern, dass in der Schule verstärkt Medienkompetenzen unterrichtet werden. Dazu gehört auch zu unterrichten, wie man künstliche Intelligenzen richtig benutzt und davon nicht getäuscht wird. Dabei soll digitale Mündigkeit in den Vordergrund gestellt werden, also die Fähigkeit, digitale Informationen zu suchen, auszuwerten, kritisch zu denken und deren Quellen zu analysieren. Dafür braucht es auch ein Grundverständnis dafür, wie Informationen mit künstlicher Intelligenz generiert werden.

Mündige Drogenaufklärung

Um Schüler:innen auch in Sachen legaler und illegaler Drogen zu wirklich mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen zu machen, braucht es echte Aufklärung. Wir wollen Schüler:innen das Wissen mitgeben, um verantwortungsbewusste Entscheidungen für sich selbst zu treffen. Um das zu erreichen, fordern wir mehrere Ansätze.

- Wir fordern pro Schule eine Ansprechperson, die eine spezifische Ausbildung im Bereich Drogenaufklärung hat.

- Wir fordern schulinterne Drogenaufklärungskonzepte. Dabei sollen sich Schulen vom Bildungsministerium inspirieren lassen. Das Konzept soll an die Schulstufe angepasst sein und ab der siebten Schulstufe starten. Auf Basis dieser Konzepte sollen Schulen Förderungen für Workshops mit externen Expert:innen bekommen.

Zentrale Mittlere Reife als Startschuss in ein mündiges Leben

Statt Schüler:innen in der Schule nur absitzen zu lassen, wollen wir sicherstellen, dass alle am Ende der Schulpflicht die nötigen Fähigkeiten haben, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dieser Prozess soll keine Qual sein, sondern eine stetige Lernkurve beinhalten. Am Ende der Schulpflichten sollen Fähigkeiten zählen und nicht abgesessene Jahre. Das oberste Ziel ist stets, mehr Freiheit im Leben zu ermöglichen und nicht, diese einzuschränken.

- Wir fordern die Einführung der Zentralen Mittleren Reife am Ende der Sekundarstufe I. Diese soll Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen.

- Wir fordern, dass die Sekundarstufe I um ein weiteres Schuljahr verlängert wird, zu Lasten der Sekundarstufe II, um sie an die Schulpflicht anzupassen.

- Wir fordern, dass die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr an das Erwerben der Zentralen Mittleren Reife gekoppelt wird. Dabei soll es pro Schuljahr zwei Antrittsversuche geben.

Demokratie und Transparenz

Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als die Basis für eine Schule, die auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von morgen

bietet Mitbestimmung und Transparenz auf allen Ebenen.

Schulinterne Schüler:innenbeteiligung

Mitbestimmung muss in der Schule selbst beginnen. Um Demokratie und Mitgestaltung bereits früh und im kleinen Rahmen leben zu können, braucht es die entsprechende Unterstützung.

- Wir fordern daher eine flächendeckende Umsetzung von schulinternen Schüler:innenparlamenten. Dafür müssen lokale Schüler:innenvertretungen die nötige Unterstützung seitens der Landesschüler:innenvertretungen und der Direktion erhalten.

Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen

Wir erkennen an, dass Schüler:innenpolitik in erster Linie in den Ländern passiert. Das ermöglicht es den angehenden Schüler:innenvertreter:innen einen lokalen und damit neben den schulischen Leistungsanforderungen schulterbaren Wahlkampf zu führen. Doch es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist! Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und Stillstand.

- Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Damit der Fokus mehr auf Inhalten und nicht auf Freundschaften liegt, braucht es eine echte Listenwahl. Damit schaffen wir nichts neues, sondern schreiben gelebte Praxis fest.

- Wir fordern die Schaffung einer echten Listenwahl. Einerseits sollen Organisationen Listen unter ihrem Namen aufstellen können, aber andererseits solle es auch möglich sein mit eigenen, unabhängigen Listen kandidieren zu können, sofern die Liste bis zu einem vom Datum der Wahl abhängigen Stichtag bekanntgeben wird.

Aufwertung des Ö-SiP

Die Bundesschüler:innenvertretung ist das mächtigste Vertretungsgremium, aber zugleich am weitesten vom einzelnen Schüler:in entfernt. Es ist also gerade bei ihr extrem wichtig, dass wir eine echte demokratische Legitimation sicherstellen. Schüler:innen können neben der Schule aber nicht bundesweit Wahlkampf machen.

- Wir fordern eine Wahl der Bundesschüler:innenvertretung durch die im Ö-SiP versammelten Mitglieder der LSVen. Ihr Mandat endet automatisch mit der Konstituierung eines neuen Ö-SiPs. Ebenso kann das Ö-SiP jederzeit Mitglieder der BSV ersetzen.
- Um die Basis für die Arbeit der bundesweiten Schüler:innenvertretung zu schaffen, fordern wir, dass das Ö-SiP mindestens zwei Mal pro Schuljahr tagt. Die konstituierende Sitzung findet in der ersten Schulwoche des Jahres statt.

Anfragerecht für jedes SiP

Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. In dieser Kontrolle spielen die Schüler:innenparlamente eine Schlüsselrolle.

- Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

Demokratisierung der Direktion

Oft haben Direktor:innen fast schon eine unabsetzbare Position, während die gesamte Schulgemeinschaft darunter leidet. Dieses Machtmonopol entspricht nicht unserer Vision einer demokratischen Schule. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus der Direktion. Direktionen dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

- Wir fordern eine anonymisierte und objektivierte Rekrutierung

professioneller Direktionen.

- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA mit einer $\frac{2}{3}$ Mehrheit bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen.

Schulvergleiche ermöglichen

Theoretisch gibt es eine ganz einfache Art Schulen zu vergleichen: Anhand der Ergebnisse, die sie liefern. Doch es kann nicht sein, dass nur Gerüchte über den Ruf einer Schule entscheiden. Hier müssen endlich belastbare Zahlen her, um den Schüler:innen und Eltern bei der Schulwahl zu helfen. Zusätzlich ermöglicht ein transparenter Index den zuständigen Stellen, gezielt Schulen sowohl personell als auch finanziell zu unterstützen.

- Wir fordern also eine jährliche Publizierung der erzielten Ergebnisse bei Reifeprüfungen jeder Schule Österreichs.

Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback

„Um Kritik zu vermeiden sage nichts, tue nicht, sei niemand“, sagte bereits Aristoteles. Ein:e Lehrer:in ist aber nicht niemand. Eine Lehrperson nimmt eine der wichtigsten Rollen in unserer Gesellschaft ein und sollte sich durchgehend weiterentwickeln. Tut sie dies bewusst nicht, muss das Konsequenzen haben.

- Wir fordern also, dass jede:r Schüler:in am Ende eines Semesters die Möglichkeit hat, die Lehrpersonen anhand eines anonymen Feedbacks zu bewerten. Fällt dieses in gewissen Themengebieten besonders schlecht aus, soll die:der Direktor:in das Recht haben, die Lehrperson auf Weiter- bzw. Fortbildungen zu schicken. Außerdem sollte es den Schüler:innen möglich sein, das Feedback einzusehen und mit der Lehrperson und auch eventuell mit dem:der Direktor:in darüber zu sprechen.

Gläsernes Budget

Die Direktion entscheidet an allen Schulen über das Budget und ist nicht

verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Diese Budgetoffenheit sollte aber nicht nur in Schulen, sondern auch in der überschulischen Vertretung bestehen, deshalb fordern wir zusätzlich eine Budgetoffenlegung der BSV.

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen, das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Das Budget soll online ersichtlich sein und bei expliziter Nachfrage mit Belegen nachweisbar sein.
- Wir fordern, dass die Bundesschüler:innenvertretung ihre Einnahmen und Ausgaben auf ihrer Website offenlegt.

Landesprogramm Kärnten

Vorwort

Wir haben genug vom Stillstand. Genug davon, dass Kärntens Schulen verwaltet, statt gestaltet werden. Und genug davon, dass Schüler:innen nur zuhören sollen, statt mitzureden. Dieses Landesprogramm ist unser Plan für eine Schüler:innenvertretung, die allen Schüler:innen eine echte Stimme gibt.

Rechenschaftsbericht

Wer für über 65.000 Schüler:innen spricht, sollte am Ende des Schuljahres auch zeigen, was er oder sie wirklich geleistet hat. Wir fordern, dass jedes LSV-Mitglied einen öffentlichen Rechenschaftsbericht auf der Website der LSV Kärnten veröffentlicht – klar, transparent und ehrlich. Keine Floskeln, keine leeren Phrasen, sondern konkrete Projekte, erreichte Ziele und klare Ansagen.

- Wir fordern, dass jedes LSV-Mitglied am Ende des Schuljahres einen öffentlichen Rechenschaftsbericht auf der LSV-Website abgibt.

Projektampel

Die Einführung einer „Projektampel“ auf der LSV-Website, die für jedes laufende Projekt den aktuellen Status anzeigt, ist für die transparente Arbeit einer LSV essenziell. Rot bedeutet, dass noch nichts passiert ist, gelb zeigt an, dass ein

Projekt bereits begonnen wurde, und grün signalisiert, dass es erfolgreich umgesetzt wurde. So schaffen wir volle Transparenz über den Fortschritt der Projekte und ermöglichen es allen, zu sehen, wo nichts passiert.

- Wir fordern die Einführung einer ‚Projektampel‘ auf der LSV-Website, die den Status jedes Projekts anzeigt – rot für nicht gestartet, gelb für in Arbeit und grün für erfolgreich umgesetzt.

LSV-Bildung im Fach Politische Bildung

Die LSV muss im Fach „Politische Bildung“ stärker thematisiert werden. Viele Schüler:innen wissen nicht, was die LSV eigentlich macht oder dass es diese überhaupt gibt. Es muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein, den Jugendlichen beizubringen, wie sie sich politisch einbringen können, welche Möglichkeiten die LSV bietet und wie sie als Schüler:innenvertretung wirklich etwas bewegen können.

- Wir fordern, dass im Fach Politische Bildung die LSV und ihre Rolle thematisiert wird, damit Schüler:innen verstehen, was die LSV ist und wie sie sich politisch einbringen können.

- Wir fordern, dass Schüler:innen Factsheets über die LSV erhalten, die Kontaktdaten und die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Organisationen übersichtlich darstellen.

Stimmrecht der LSV in der Bildungsdirektion

Die LSV muss ein Stimmrecht in der Bildungsdirektion erhalten, um aktiv an bildungspolitischen Entscheidungen teilzunehmen. Die Schüler:innenvertretung sollte nicht nur beratend tätig sein, sondern bei relevanten Entscheidungen zur Gestaltung der Bildungslandschaft mitentscheiden können.

- Wir fordern, dass die LSV ein Stimmrecht in der Bildungsdirektion erhält, um aktiv an bildungspolitischen Entscheidungen in Kärnten teilzunehmen.

Rederecht für alle

Jede:r Schüler:in sollte das Recht haben, sich auf Landesschulebene aktiv einzubringen und gehört zu werden. Es ist entscheidend, dass alle Schüler:innen die Möglichkeit haben, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden, Anträge einzubringen und ihre Anliegen auf einer höheren Ebene zu vertreten.

• Wir fordern, dass jede:r Schüler:in das Recht hat, bei einem SIP eigene Anträge einzubringen und Reden zu halten – so wie in fast jedem anderen Bundesland auch.

Direktwahl und Transparenz

Wie soll die LSV alle Schüler:innen vertreten, wenn nicht alle die Möglichkeit haben, sie zu wählen? Die LSV sollte von der gesamten Schüler:innenschaft gewählt werden, nicht nur von einer kleinen Gruppe der Schulsprecher:innen. Wenn die LSV wirklich alle Schüler:innen authentisch und gerecht vertreten will, muss jeder die Chance haben, mitzubestimmen, wer diese Verantwortung übernimmt. Eine direkte Wahl durch alle Schüler:innen sorgt für mehr Transparenz. Dazu gehört für uns auch, offen zu legen, welcher Schülerorganisation man angehört und welcher politischen Partei diese Organisation zugeordnet ist.
(ÖVP|SPÖ|FPÖ|Grüne|NEOS)

• Wir fordern, dass die LSV direkt von allen Schüler:innen gewählt wird, um eine echte und umfassende Vertretung aller Interessen zu gewährleisten.

• Wir fordern Transparenz darüber, welcher Schülerorganisation man angehört und welcher politischen Partei diese Organisation zugeordnet ist.

Konsequente Handlung nach der LSV-Geschäftsordnung

Wir fordern, dass die LSV ihre eigene Geschäftsordnung bei den SIP besser kennt und konsequent danach handelt. Es kann nicht sein, dass Regeln falsch interpretiert oder willkürlich angewendet werden, wie zum Beispiel das Verbot, Werbematerialien einer Partei oder Schüler:innenorganisation zu tragen, obwohl dies laut der Geschäftsordnung nur das Verteilen jener dieser betrifft. Auch Missverständnisse, wie die Behandlung von Stickern auf Laptops, zeigen, dass eine klare Kenntnis und richtige Umsetzung der eigenen Regeln fehlt. Eine LSV, die ihre eigenen Bestimmungen nicht versteht oder fehlerhaft anwendet, verliert an Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

• Die LSV muss ihre Geschäftsordnung konsequent einhalten und korrekt anwenden, um Fehlinterpretationen und willkürliche Entscheidungen zu vermeiden.

• Die LSV soll sicherstellen, dass alle Mitglieder die Regeln klar kennen und keine willkürlichen Verboten oder Missverständnisse entstehen.

Landesprogramm Tirol

693 Präambel

694 In den letzten Jahren, voller Fragezeichen und Ungewissheiten, ist eines immer
695 eindeutiger geworden: Das Bildungssystem braucht Veränderung! Aber damit das
696 Realität werden kann, muss sich eines ändern – die Mitsprache der Schülerinnen
697 und Schüler. Für uns JUNOS Schüler:innen ist klar, dass dafür ein WIR entstehen
698 muss. Ein WIR, mit welchem jede:r ein Mitspracherecht hat, ohne ausgeschlossen
699 zu werden. Ein WIR, in dem das Schüler:innenparlament (SIP) endlich wirkliche
700 Veränderungsvorschläge bringen kann und nicht nur als Anhängsel gesehen wird.
701 Ein WIR, in welchem ein jede:r Schüler:in sein/ihre Vertretung selbst wählen
702 kann. Für uns ist klar: Wir stehen für die Bildung von morgen, um zusammen mit
703 EUCH in ein neues Zeitalter der Bildung einzutreten.

704 Demokratie & Transparenz – Weil Mitbestimmung kein Privileg sein darf

705 Mitbestimmung ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Doch wenn es
706 darum geht die gesetzliche Vertretung von Schüler:innen zu wählen, gibt es bis
707 zum heutigen Tag eine gravierende demokratische Lücke. Denn von über 23.000
708 Tiroler Oberstufenschüler:innen – und viele mehr – haben nur eine Handvoll
709 Schulsprecher:innen das Recht auf Mitbestimmung, wenn es darum geht, die
710 Landesschülervertretung (LSV) zu wählen, die eigentlich uns alle repräsentieren
711 sollte. Als Vergleich, das wäre, als würden nur die Bürgermeister:innen den
712 Nationalrat wählen dürfen.

- 713 • Daher fordern wir, die Ausweitung des LSV-Wahlrechtes auf
714 Oberstufenschüler:innen und nach Proportion verteilter LSV-Mandate, um
715 eine demokratische Repräsentation zu gewährleisten.

716 In den letzten Jahren bekommt ein jeder erschreckend wenig von der Arbeit der
717 LSV und den im Schüler:innenparlament beschlossenen Anträgen mit. Resultierend
718 daraus entsteht ein System hinter verschlossenen Türen, in welchem nicht
719 nachzuvollziehen ist, woran aktiv gearbeitet wird, und woran nicht. Die aktuelle
720 Situation zeigt, dass keine Ziele sichtbar verfolgt werden, dass Mandatare nicht
721 in Verantwortung gezogen, noch ernst genommen werden – weder von Schüler:innen,
722 noch von der Politik.

- 723 • Darum fordern wir die Einführung einer öffentlich einsehbaren Projektampel
724 die alle geplanten, laufenden, aber auch abgeschlossenen und abgebrochenen
725 Projekte (Anträge) samt Informationen zu Inhalten, Ziele und
726 Umsetzungsstände darstellt.

- Zusätzlich fordern wir eine laufende Finanzoffenlegung, in der das Budget sowie die Ausgaben der LSV jederzeit öffentlich zugänglich sind, um dessen Verwendung von öffentlichen Mitteln nachvollziehbarer zu gestalten.

Mündigkeit – Aufklären anstatt Anpassen

Jede:r trifft alltäglich wirtschaftliche Entscheidungen – ob während dem Online-Shopping, beim Abschließen von Verträgen oder im Umgang mit Finanzen. Doch oft fehlt es hierzu an nötigem Hintergrundwissen, um verantwortungsvoll aufzutreten. Die Realität zeigt, allerdings das junge Menschen dazu neigen sich bereits früh stark zu Verschulden. Heutzutage fehlt es im Schulalltag schlichtweg an Bewusstsein für Finanzen. Ziel einer besseren Finanzbildung sollte sein fundierte Entscheidungen zu treffen und Schüler:innen dazu zu bringen, die Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen.

- Daher fordern wir, dass Finanzbildung als Fach – im AHS-Bereich – an Tiroler Schulen eingeführt wird.

- Daher fordern wir, dass jährliche Workshops zur finanziellen Bildung von Schüler:innen an Tiroler Schulen etabliert werden.

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft – mit verschiedensten Weltanschauungen und religiösen Zugehörigkeiten. Mündigkeit in der Schule heißt, Religion nicht nur zu lernen, sondern in ihrer Vielfalt zu reflektieren und achtsam damit umzugehen. Schule hat hierbei die Aufgabe aufzuklären und nicht nur zu trennen, oder einzuordnen. Aber genau das findet an Tiroler Schulen statt – von Beginn der Schule wird nach Religion getrennt - bevor sich Schüler:innen überhaupt dem bewusst werden. Ziel sollte es sein, einen Raum für gemeinsame Werte, verschiedene Perspektiven und kritischem Denken zu schaffen.

- Daher fordern wir, dass es bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit (mit 14 Jahren) einen Ethikunterricht für alle gibt und es erst im Anschluss die Entscheidung für den jeweiligen Religionsunterricht getroffen wird.

Leistungsdruck, Schlafmangel, ständiges Vergleichen: Die Realität vieler Schüler:innen sieht oft anders aus als es dem Standard entspricht. Psychisches Wohlergehen von Schüler:innen ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen – und dennoch geht sie im Schulalltag schnell unter. Um Schüler:innen zu

unterstützen, braucht es Systeme, die niederschwellig, vertrauensvoll und für alle zugänglich sind. Doch die Realität zeigt, dass an vielen Schulen psychologisch ausgebildetes Fachpersonal, nur selten bis überhaupt nicht anwesend ist und das mentale Gesundheit weiterhin als Tabuthema gilt.

Darum fordern wir,

- ... den Ausbau von flächendeckenden schulpsychologischen Angeboten und Workshops an jeder Tiroler Schule.
- ... die regelmäßige und umfassende Schulung von Lehrpersonen und Vertrauenslehrern durch Fortbildungen.
- ... als Prävention einen jährlichen Besuch bei der Schulpsychologin, parallel zum Schulärzt:innen-Check.
- ... das Informieren eines jeden:r Schüler:in über ihre Vertrauenslehrpersonen und weitere psychologische Stützungsangebote.

Zukunftsorientierte Schule – Weil Veränderung in der Gegenwart beginnt

Bildung ist der Schlüssel zu individueller Freiheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Doch noch immer ist der Bildungserfolg für jede:n Schüler:in unterschiedlich. Gerade im schulischen Bereich zeigt sich: Chancengerechtigkeit ist ein Versprechen, das zu oft unerfüllt bleibt. Der Unterricht wird, unabhängig von den individuellen Lerngeschwindigkeiten der Schüler:innen in einer, dem/der Lehrer:in entsprechenden Tempo, abgehalten. Alle die nicht mithalten können, kommen früher oder später nicht mehr mit oder verlieren komplett den Anschluss.

- Daher fordern wir, dass Schüler:innen, die aufgrund von nicht-schulischen Faktoren (Behinderungen, Einschränkungen, Migrationshintergründe, soziale Stellung) Lernschwierigkeiten haben, mehr gefördert werden.

Eigenständiges Lernen entfaltet sich dort am besten, wo Schüler:innen mitentscheiden dürfen. Moderne Schule bedeutet auch in Kooperation mit anderen

Schulen: Durch das Bündeln von Ressourcen und größeren Interessenspools den Schulalltag umzugestalten. Wobei dadurch ein breiteres Angebot an Wahlfächern, aber auch Wahlfreiheit bei Fächern, Schwerpunkten und Lernwegen, ermöglicht werden kann. Um Schüler:innen nach ihrer Schulkarriere ein tatsächlich breites Fundament zu ermöglichen – damit individuelle Stärken nicht auf der Strecke liegen bleiben.

- Daher fordern wir, die Zusammenarbeit von Schulen, um ein breiteres Angebot an Wahlfächern zu ermöglichen.

- Daher fordern wir, dass Schüler:innen ab der 8ten Schulstufe die Anzahl der Wahlfächer selbst bestimmen können.

Lernumgebung & Umwelt – Weil gute Ideen Raum brauchen

Eine zeitgemäße Lernumgebung bildet das Fundament für hochwertige Bildung und den Lernerfolg von Schüler:innen. Sie zu erhalten, sollte eine der obersten Prioritäten einer jeden Schule sein. In vielen Tiroler Schulen sieht die Wirklichkeit allerdings anders aus: Tische, Stühle und der Klassenraum sind weder ergonomisch noch frei von Beschmierungen, die WCs sind unhygienisch und der Müll häuft sich. Aber auch in fachspezifischen Räumen oder bei der technischen Ausrüstung wird immer weiter gespart.

- Daher fordern wir, dass die Schulausrüstung endlich dem 21. Jahrhundert entspricht und bei der Hygiene ein ordnungsgemäßer Standard gelten sollte.

Zu einer ausgeglichenen Schule gehört vor allem eine neutrale Klasse, in der alle Religionen gleich wertgeschätzt werden können. Allerdings hängen nach wie vor in jedem Klassenraum das christliche Kreuz – ein Symbol, das nicht alle Schüler:innen repräsentiert. Das Ziel sollte sein, eine faire und offene Lernumgebung, ohne religiöse Bevormundung zu schaffen. Während es Arbeitgeber:innen rechtlich untersagt ist, das Religionsbekenntnis abzufragen, wird bis heute darauf im Schulzeugnis bestanden – was dem Prinzip der persönlichen Freiheit widerspricht.

- Daher fordern wir, dass per Mehrheitsbeschluss innerhalb einer Klasse die Kreuze im Klassenzimmer entfernt werden können.

- Außerdem fordern wir, die ersatzlose Streichung des Religionsbekenntnisses aus Schulzeugnissen.

Die Schule muss ein Ort sein, an dem wir nicht nur für die Zukunft lernen, sondern sie auch aktiv mitgestalten. Für Themen wie Umweltbewusstsein, Nachhaltigkeit und Achtsamkeit im Alltag findet sich derzeit in den Lehrplänen von Tiroler Schulen wenig Platz. Der Umweltschutz wird nach außen zwar als Symbolpolitik gepriesen, findet aber im Alltag kaum wirkliche Umsetzung. Dabei fehlt es in diesen Punkten nicht an der Initiative von Schüler:innen, sondern es findet sich schlicht und ergreifend kein Platz in Fächern des Lehrplanes.

- Daher fordern wir, dass Achtsamkeit für die Umwelt den Schüler:innen in separaten Workshops vermittelt wird, damit es im Schulalltag gelebt werden kann.

Landesprogramm Salzburg

Präambel

Schule muss mehr sein als ein System zum Aushalten. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, dass Mitsprache ernst nimmt, Entscheidungen transparent macht und allen Schüler:innen gerechte Chancen bietet – egal ob in der AHS, BMHS oder Berufsschule. Demokratie darf nicht an der Klassenzimmertür enden, und Schüler:innenvertretung darf kein Insiderclub sein! Unser Ziel ist eine Schule, in der Mitbestimmung gelebt wird, psychische Gesundheit kein Tabuthema ist und jede Stimme zählt – klar, nachvollziehbar und auf Augenhöhe.

Frei denken. Frei lernen. Frei leben.

Die Direktion ist eine zentrale Führungsposition an jeder Schule – und soll demokratisch legitimiert sein. Um Mitsprache zu stärken und Vertrauen in Entscheidungen zu fördern, fordern wir, dass Direktor:innen alle fünf Jahre verpflichtend durch eine Zweidrittelmehrheit im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) bestätigt werden müssen. Bei erstmaliger Bestätigung reicht auch eine einfache Mehrheit. So wird Verantwortung geteilt und die Schulautonomie aktiv mitgestaltet.

- Wir fordern eine Demokratisierung des Direktorats durch eine verpflichtende Bestätigung alle 5 Jahre mittels Zweidrittelmehrheit im SGA

846 Schüler:innen der Oberstufe sollen selbst entscheiden dürfen, mit welchem
847 Material sie im Unterricht mitschreiben. Ob analog oder digital –
848 Eigenverantwortung und Selbstorganisation sind wichtige Schritte, die Schule
849 vermitteln sollte. Ein starres Festhalten an bestimmten Materialien ist nicht
850 zeitgemäß und schränkt die Freiheit der Schüler:innen unnötig ein.

- 851 • Wir fordern eine Wahlfreiheit bei der digitalen oder analogen Mitschrift
852 im Unterricht für Oberstufenschüler:innen

853 Im aktuellen Regierungsübereinkommen der Österreichischen Bundesregierung wird
854 vorgesehen, dass es Modelregionen für eine gemeinsame Schule für 10–bis 14-
855 Jährige geben soll. Wir fordern, dass solche Modelregionen auch vermehrt in
856 Salzburg eingerichtet werden. Diese Modellregionen ermöglichen pädagogische
857 Vielfalt und setzen neue Impulse im Schulwesen – auch in ländlichen Gebieten.

- 858 • Wir fordern die vermehrte Einrichtung von Modellregionen für eine
859 gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährige auch in Salzburg.

860 Um eine größere Vielfalt an Frei- und Wahlpflichtfächern zu ermöglichen, sollen
861 Schulen regional stärker zusammenarbeiten. Oft finden sich für ein Frei- oder
862 Wahlfach zu wenig Schüler:innen, die es belegen möchten. Durch Kooperationen
863 zwischen nahegelegenen Schulen kann das Angebot an Frei- und Wahlfächern breiter
864 und attraktiver gestaltet werden. Diese Zusammenarbeit soll gezielt gefördert
865 werden – für mehr Wahlmöglichkeiten für alle Schüler:innen.

- 866 • Wir fordern eine breitere Förderung von Kooperationen zwischen Schulen zur
867 Ausweitung des Angebots an Frei- und Wahlpflichtfächern.

868 Mentale Gesundheit ist kein Tabuthema – sondern eine Grundvoraussetzung für ein
869 gutes Leben

870 Schule darf kein Ort sein, der Druck aufbaut, sondern muss ein Ort sein, der
871 unterstützt. Gerade in Zeiten, in denen psychische Belastungen unter
872 Jugendlichen stark zunehmen, braucht es mutige Schritte. Es reicht nicht, nur
873 über mentale Gesundheit zu reden – wir müssen handeln. Von besserer Aufklärung
874 über mehr Fachpersonal bis hin zu konkreten Unterstützungsangeboten: Wir setzen
875 uns für eine Schule ein, in der jede:r gesehen, gehört und ernst genommen wird.
876 Der Zugang zu professioneller psychischer Unterstützung ist essenziell. Doch
877 gerade, wenn es um das Thema der Schulpsycholog:innen geht gibt es oft ratlose

Gesichter. Die meisten Schüler:innen haben die/den eigene Schulpsycholog:in noch kein einziges Mal gesehen oder je von ihr gehört. Das muss sich dringend ändern! Wir fordern daher, dass sich der/die Schulpsycholog:in verpflichtend an allen Schulen am Anfang des Schuljahres vorstellen muss.

- Wir fordern die verpflichtende Einführung schulpsychologischer Präsenz an Schulen sowie den Ausbau des entsprechenden Angebots.

Psychische Gesundheit darf kein Randthema mehr sein – weder im Alltag noch im Unterricht. Sie ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit und muss auch im Schulcurriculum verankert sein. Gerade der Biologieunterricht bietet die Chance, Themen wie Depression, Angststörungen oder Essstörungen wissenschaftlich fundiert, enttabuisiert und altersgerecht zu behandeln. Wenn Schüler:innen früh lernen, psychische Erkrankungen zu verstehen und offen darüber zu sprechen, fördert das nicht nur Selbstbewusstsein, sondern auch Empathie. Doch Aufklärung allein reicht nicht. Mental Health Days schaffen Raum für Austausch, Reflexion und Entlastung – sie setzen ein klares Zeichen, dass psychisches Wohlbefinden ernst genommen wird. Diese Tage müssen wieder aktiver im Schulalltag verankert werden, um das Thema sichtbar und greifbar zu machen. Zusätzlich braucht es verpflichtende Workshops zur psychischen Gesundheit an allen Schulen. Professionell begleitet und alltagsnah gestaltet, helfen sie Schüler:innen frühzeitig, auf sich selbst und andere zu achten – und zeigen, dass es völlig in Ordnung ist, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

- Wir fordern die Einbindung des Themas psychische Gesundheit im Biologieunterricht.

- Wir fordern Mental Health Days um über das Thema zu informieren und Bewusstsein zu schaffen.

- Wir fordern verpflichtende Workshops zum Thema psychische Gesundheit für Schulklassen

Regelmäßige Vorsorge rettet Leben – das gilt auch für die Psyche. Deshalb fordern wir eine jährliche psychologische Untersuchung an Schulen, angelehnt an die bestehende schulärztliche Untersuchung. So können Probleme früh erkannt und gezielt Hilfe angeboten werden – bevor sie sich verschärfen.

- Wir fordern die Einführung einer jährlichen psychologischen Untersuchung an Schulen am Vorbild der jährlichen Schulärztlichen Untersuchung.

Lehrkräfte und Vertrauenslehrer:innen spielen eine entscheidende Rolle im Umgang mit der mentalen Gesundheit von Schüler:innen. Um diese Verantwortung gut wahrzunehmen, benötigen sowohl Klassenvorständ:innen als auch Schulärzt:innen regelmäßige und verpflichtende Fortbildungen zu psychischem Wohlbefinden. Nur so können sie frühzeitig erkennen, wenn Unterstützung nötig ist. Vertrauenslehrer:innen, die oft die ersten Ansprechpersonen sind, brauchen eine klare Ausbildung und mehr Sichtbarkeit, um ihre wichtige Rolle im Schulalltag effektiv ausfüllen zu können. Daher ist es notwendig, das Konzept der Vertrauenslehrer:innen zu reformieren und zu stärken.

- Wir fordern regelmäßige Fortbildungen zu Mental Health für Klassenvorständ:innen und Schulärzt:innen

- Wir fordern eine Stärkung des Konzepts für Vertrauenslehrer:innen an Schulen und ein breiteres Angebot an Weiterbildungen für diese.

Viele Hilfsangebote existieren bereits – aber kaum jemand kennt sie. Es braucht gezielte Informationsarbeit, damit Schüler:innen wissen, wohin sie sich wenden können. Einrichtungen wie das Ambulatorium am Ball oder die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KiJA) sollen aktiv vorgestellt werden, um echte Zugänglichkeit zu schaffen.

- Mehr aufklärung über externe Anlaufstellen für Schüler:innen wie zum Beispiel Ambulatorium „Am Ball“ oder die KiJA in der Schule.

Verantwortung leben und Zukunft formen

Mündigkeit bedeutet, selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können – im Alltag, in der Schule und darüber hinaus. Um Schüler:innen dabei zu unterstützen, braucht es konkrete Bildungsangebote. Wir fordern deshalb Workshops zu Themen wie wirtschaftlicher Selbstständigkeit, Drogenprävention, Finanzbildung und Sexualbildung. Aufklärung und Eigenverantwortung gehören zusammen – und sollen auch im Schulalltag gelebt werden. Schüler:innen müssen endlich auf ein mündiges Erwachsen sein vorbereitet werden. Angebot von Workshops zum Thema Mündigkeit – z. B. Drogenaufklärung und wirtschaftliche

Bildung und Sexualbildung. Sexuelle Mündigkeit beginnt mit Wissen und dem Abbau von Tabus. Themen wie Menstruation dürfen im Unterricht nicht länger verschwiegen oder stigmatisiert werden. Schulen müssen Raum für offene, sachliche und inklusive Aufklärung bieten, um Scham und Verunsicherung zu vermeiden und das Selbstbewusstsein der Schüler:innen zu stärken. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Menstruationsartikel wie Binden oder Tampons kostenlos und frei zugänglich sind, da Menstruation für viele Schüler:innen zum Alltag gehört. Es darf keine Barriere und keine Scham geben, wenn es um grundlegende hygienische Bedürfnisse geht – diese müssen in der Schule genauso selbstverständlich wie andere Grundbedürfnisse behandelt werden.

- Wir fordern eine stärkere sexuelle Aufklärung und Enttabuisierung der Periode im Schulunterricht.

- Wir fordern kostenlose und frei zugängliche Menstruationsartikel an allen Schulen.

Viele Schüler:innen wissen nicht, was die LSV ist oder was sie für sie tun kann. Das muss sich ändern. Die LSV soll aktiv und verständlich über ihre Arbeit informieren, ansprechbar sein und in jeder Schule sichtbar werden – damit wirklich alle wissen, wer ihre Interessen vertritt und wie sie sich selbst einbringen können.

- Wir fordern verpflichtende LSV-Aufklärung an allen Schulen in verständlicher und niederschwelliger Form.

Gerade in Zeiten von Informationsflut, Unsicherheit und digitaler Schnelllebigkeit ist es essenziell, jungen Menschen Orientierung zu geben. Wir fordern daher Workshops, die sich mit den Mechanismen von Radikalisierung, dem Aufbau von Feindbildern und populistischen Strategien auseinandersetzen. Dabei soll auch die Rolle von Medien und sozialen Netzwerken kritisch beleuchtet werden. Ziel ist es, Schüler:innen zu befähigen, Informationen besser einzuordnen, manipulative Inhalte zu erkennen und Vorurteile zu hinterfragen – als Beitrag zu einer starken, reflektierten und demokratischen Gesellschaft.

- Durchführung von Workshops zur Extremismusprävention, Populismuskritik und Medienkompetenz an allen Schulen

Erste Hilfe kann Leben retten – und sollte deshalb kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein selbstverständlicher Teil schulischer Bildung sein. Wir fordern, dass alle Schüler:innen einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs in Zusammenarbeit mit dem roten Kreuz absolvieren sollen, dieser soll auch für den Führerschein angerechnet wird.

- Wir fordern verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse an Schulen mit Anrechnung für den Führerschein

Moderne Bildung braucht moderne Ausstattung. Viele Schulen hinken bei der digitalen Infrastruktur hinterher – schlechte Internetverbindungen, veraltete Geräte und fehlender technischer Support sind noch immer Realität. Wir fordern eine digitale Grundausstattung, die allen Schüler:innen zeitgemäßes Lernen ermöglicht – egal an welcher Schule.

- Wir fordern eine angemessene digitale Infrastruktur an allen Schulen

Technologie verändert unsere Welt – und auch den Unterricht. Damit Lehrkräfte auf Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz vorbereitet sind, braucht es gezielte Fortbildungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass digitale Tools sinnvoll eingesetzt und kritisch reflektiert werden können.

- Wir fordern verpflichtende Weiterbildungen für Lehrkräfte zum Thema Künstliche Intelligenz.

Politik- und Finanzbildung ist ein zentraler Teil gelebter Demokratie – und muss stärker im Unterricht verankert werden. Wir fordern verpflichtende und qualitätsvolle Workshops zu diesen Themen an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS).

- Wir fordern den Ausbau von Politik- und Finanzbildungsangeboten an AHSen

Ebenso ist eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen und Organisationen, die sensibel und professionell arbeiten essenziell. Das Angebot hierfür muss weiter ausgebaut werden

- Wir fordern eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen

999 zum Thema sexuelle Aufklärung und einen Ausbau des bereits bestehenden
1000 Angebots.

1001 Sicherheit und Selbstvertrauen gehen Hand in Hand. Deshalb sollen Schüler:innen
1002 die Möglichkeit haben, an Selbstverteidigungskursen teilzunehmen. Gerade in
1003 einer Zeit, in der viele Jugendliche Unsicherheiten erleben, kann das Wissen um
1004 den eigenen Schutz ein wichtiger Schritt in Richtung Selbstbestimmung sein.

- 1005 • Wir fordern die Förderung von Selbstverteidigungskursen an Schulen.

1006 Schule gestalten, Demokratie erleben

1007 Demokratie darf nicht nur im Unterricht Thema sein – sie muss im Schulalltag
1008 gelebt werden. Dafür braucht es mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für
1009 Schüler:innen sowie gezielte politische Bildung. Die Salzburger LSV muss sich
1010 dafür einsetzen, dass demokratische Strukturen an Schulen ausgebaut und gestärkt
1011 werden – etwa durch ein schulinternes SiP mit klarer Unterstützung bei der
1012 Organisation durch die LSV.

- 1013 • Die LSV soll aktiv Schulen und ihre Schüler:innenvertretungen dabei
1014 unterstützen schulinterne SiPs abzuhalten

1015 Politische Bildung darf nicht bei Schlagworten enden – sie muss verständlich und
1016 praxisnah vermittelt werden. Dafür braucht es regelmäßige Workshops für
1017 Schüler:innen zu Themen wie Demokratie, politischer Teilhabe und der
1018 Europäischen Union. So wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Interesse
1019 geweckt und Teilhabe gestärkt.

- 1020 • Angebot von teils digitalen und teils präsents Fortbildungskursen zu den
1021 Themen Politik, Demokratie und Europäische Union für Schüler:innen

1022 Diskussionen auf Augenhöhe machen Politik greifbar – gerade für junge Menschen.
1023 Deshalb muss sich die LSV verstärkt für Podiumsdiskussionen an Schulen
1024 einsetzen. Dort können Schüler:innen direkt mit Politiker:innen oder
1025 Expert:innen diskutieren, Fragen stellen und ihre Meinung einbringen.

- 1026 • Die LSV soll sich für mehr Podiumsdiskussionen an Schulen einsetzen

1027 Wenn die LSV wirklich im Sinne der Schüler:innen arbeiten will, muss sie wissen,
1028 was diese denken. Deshalb muss sie regelmäßig Online-Umfragen zu aktuellen
1029 bildungspolitischen Themen durchführen, um Meinungen einzuholen und diese in
1030 ihre Arbeit einfließen zu lassen.

- 1031 • Durchführung regelmäßiger Online-Umfragen zu aktuellen bildungspolitischen
1032 Themen unter Schüler:innen

1033 Demokratie endet nicht im Klassenzimmer – sie muss auch innerhalb des
1034 Lehrer:innenkollegiums Platz finden. Um die Qualität des Unterrichts zu fördern
1035 und ein respektvolles Miteinander zu stärken, sollen anonymisierte
1036 Feedbackmöglichkeiten für Lehrer:innen geschaffen werden. So können
1037 Schüler:innen konstruktiv Rückmeldung geben und Schulen gezielt an
1038 Verbesserungen arbeiten.

- 1039 • Einführung eines anonymisierten Lehrer:innen-Feedbacksystems zur
1040 Qualitätssteigerung und Förderung eines respektvollen und produktiven
1041 Schulklimas

1042 Transparenz: Weil niemand gern im Dunkeln tappt

1043 Die Landesschüler:innenvertretung muss transparent und nachvollziehbar arbeiten.
1044 Entscheidungen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden – alle Schüler:innen
1045 haben ein Recht darauf zu wissen, was ihre Vertretung tut. Deshalb fordern wir,
1046 dass die LSV einmal pro Semester einen verständlichen Transparenzbericht
1047 veröffentlicht, der sowohl Erfolge als auch Herausforderungen der vergangenen
1048 Monate aufzeigt. So wird Vertrauen gestärkt und Mitsprache ermöglicht

- 1049 • Die LSV soll mindestens einmal pro Semester einen Transparenzbericht
1050 veröffentlichen, in dem die wichtigsten Aktivitäten und Ergebnisse
1051 transparent dargestellt werden

1052 Die Verschwiegenheitspflicht in der LSV ist nicht mehr zeitgemäß. Schüler:innen
1053 haben ein Recht darauf, zu wissen, was ihre Vertretung tut. Entscheidungen
1054 hinter verschlossenen Türen schwächen das Vertrauen – offene Kommunikation
1055 stärkt es. Deshalb soll diese Pflicht fallen, damit transparent gearbeitet und
1056 diskutiert werden kann. Auch das Organisationsnennungsverbot in
1057 Schüler:innenparlamenten ist nicht nachvollziehbar. Wenn eine Organisation –
1058 gerade auch eine Schüler:innenorganisation – gute Arbeit leistet, soll das

gesagt werden dürfen. Und wenn sie fragwürdige Dinge tut, genauso. Es geht nicht darum, Werbung zu machen, sondern um ehrliche, politische Diskussionen. Schüler:innen haben ein Recht auf volle Information, um sich selbst eine Meinung bilden zu können – das ist gelebte Demokratie

- Wir fordern die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht der LSV sowie des Organisationsnennungsverbots bei Schüler:innenparlamenten

Die meisten Schüler:innen wissen kaum, wie die LSV funktioniert oder welche Rechte ihnen zustehen – oft, weil die Informationen dazu schwer zugänglich oder nicht präsent genug sind. Damit echte Mitbestimmung möglich wird, braucht es gezielte Aufklärungsarbeit. Die LSV soll regelmäßig verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und zur Vertretungsarbeit bereitstellen und zusätzlich Workshops oder digitale Veranstaltungen anbieten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Initiative LSV on Tour, die ausgebaut werden soll: Ziel muss sein, dass jede Schule zumindest angefragt wird – damit wirklich alle Schüler:innen die Chance bekommen, mit der LSV in Kontakt zu treten und sich zu informieren. Nur so kann die LSV ihrer Rolle als Vertretung aller Schüler:innen gerecht werden

- Die LSV soll verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und Vertretungsarbeit bereitstellen sowie durch Workshops, digitale Formate und eine ausgebaute LSV on Tour-Initiative an allen Schulen aktiv informieren

Es ist wichtig, dass alle Schüler:innen verstehen, wie die LSV gewählt wird und wie die Ergebnisse zustande kommen. Aktuell werden die Ergebnisse der LSV-Wahl nur über die Bildungsdirektion veröffentlicht, ohne genaue Details wie Wahlbeteiligung oder Punkteverteilung. Damit alle nachvollziehen können, wie die Wahl ausgefallen ist, sollte die LSV die Ergebnisse künftig selbst über ihre Kanäle teilen – und dabei auch alle wichtigen Infos wie Wahlbeteiligung und Punkteverteilung angeben

- Die LSV soll die Ergebnisse ihrer eigenen Wahl über ihre Kanäle veröffentlichen und dabei detaillierte Infos zu Wahlbeteiligung, Punkteverteilung und den genauen Ergebnissen bereitstellen

Am Ende ihrer Amtszeit sollte jedes Mitglied der LSV Rechenschaft ablegen und offen darüber berichten, was in seiner Amtszeit erreicht wurde und welche

Herausforderungen bestehen. Das sorgt für mehr Verantwortung und stärkt das Vertrauen in die Arbeit der LSV. Dieser Bericht sollte öffentlich zugänglich sein und vor der nächsten LSV-Wahl präsentiert werden, damit Schüler:innen und besonders deren Vertreter:innen sehen können, was sie von der Arbeit der verschiedenen LSV-Mitglieder erwarten können

- Jedes Mitglied der LSV soll am Ende der Amtszeit einen Rechenschaftsbericht ablegen, der vor der nächsten LSV-Wahl öffentlich zugänglich gemacht wird

Schüler:innen haben ein Recht darauf zu wissen, wie mit den Ressourcen der LSV umgegangen wird. Die LSV muss daher regelmäßig eine Übersicht ihrer Ausgaben und Einnahmen bereitstellen, um den verantwortungsvollen Umgang mit den Geldern sicherzustellen. Transparenz über die Finanzen ist ein wesentliches Element von Vertrauen und demokratischer Kontrolle

- Alle Ausgaben und Einnahmen der LSV müssen transparent veröffentlicht werden und jederzeit zugänglich sein, um allen Schüler:innen Einsicht in die finanzielle Lage der LSV zu gewähren

Viele Schüler:innenvertreter:innen haben großartige Ideen – doch oft fehlt es an Ressourcen oder Unterstützung. Eine zentrale Projektbörse der LSV kann helfen, Projekte sichtbar zu machen, Vernetzung zu fördern und andere zum Nachmachen zu motivieren.

- Aufbau einer digitalen Projektbörse der LSV zur Vernetzung und Unterstützung von Schüler:innenprojekten

Zugang zu Periodenprodukten an ihrer Schule verbessern, stoßen dabei aber oft auf organisatorische oder finanzielle Hürden. Die LSV soll sie dabei unterstützen, passende Kooperationspartner – etwa Apotheken, Drogeriemärkte oder NGOs – zu finden

- Unterstützung der Schüler:innenvertretungen durch die LSV bei der Suche nach Kooperationspartnern für Periodenprodukte

Landesprogramm Wien

1121 Gerade in Wien ist die Landesschüler:innenvertretung und der damit
1122 einhergehende Wahlkampf oft nicht viel mehr als ein reiner Machtkampf zwischen
1123 Rot und Schwarz bzw. Türkis. Doch eigentlich sollte die
1124 Landesschüler:innenvertretung viel mehr als das sein. Wir haben das Glück,
1125 eine gesetzliche, überschulische Vertretung zu haben, die uns Schüler:innen
1126 vertreten sollte, doch leider rückt dieses Gesamtziel viel zu oft in den
1127 Hintergrund. Die LSV kann, soll und muss mehr machen, um eine demokratische,
1128 transparente sowie eine mündige Schule zu gewährleisten! Wir sind davon
1129 überzeugt, dass Bildung der Grundstein für alles ist. Setzen wir uns gemeinsam
1130 dafür ein, dass wir das Bildungssystem verbessern, anstatt uns mit einem Kampf
1131 der Altparteien zu beschäftigen. Am Ende sollte nur eine Gruppe gewinnen: die
1132 Schülerinnen und Schüler Wiens.

1133 Demokratie, Transparenz und Ehrlichkeit

1134 Um zu gewährleisten, dass das Vertreten und Fördern aller Schüler:innen
1135 jederzeit das Hauptaugenmerk der Landesschüler:innenvertretung bleibt, braucht
1136 es mehr Transparenz. Denn wie soll man von echter Demokratie reden, wenn man gar
1137 nicht weiß, an welchen Projekten unsere Repräsentant:innen arbeiten? Wie soll
1138 garantiert werden, dass Sie überhaupt arbeiten? Um diese Probleme zu bekämpfen,
1139 haben wir in der LSV bereits wichtige Schritte gesetzt, aber es braucht noch
1140 mehr. Aber viel wichtiger: Es braucht auch echte Konsequenzen, wenn die LSV
1141 diese Transparenzregeln ignoriert und somit die Geschäftsordnung missachtet!

1142 • Wir fordern die verpflichtende Veröffentlichung zweier Tätigkeitsberichte
1143 der einzelnen LSV-Mitglieder, einer am Ende des Wintersemesters, einer
1144 spätestens zwei Wochen vor der Wahl.

1145 • Wir fordern, dass jedes aktive Mitglied der LSV auf Anfrage von 3 oder
1146 mehr Schüler:innen zu jedem Zeitpunkt Auskunft über seine:ihre LSV-Arbeit
1147 in den letzten 30 Tagen zu geben hat, außer das Mitglied veröffentlicht
1148 proaktive regelmäßig Berichte.

1149 • Wir fordern, dass die Bildungsdirektion, falls sie mitbekommt, dass
1150 schwere Verstöße gegen die Geschäftsordnung der LSV (z.B.: mutwilliges
1151 ignorieren der Transparenzrichtlinien) stattfinden, die Möglichkeit
1152 bekommt, gegenüber den verantwortlichen Mandatar:innen Verwarnungen bis
1153 hin zu Rücktrittsaufforderungen auszusprechen.

1154 Der wohl wichtigste Punkt bezüglich Demokratie ist allerdings ein anderer –
1155 das allgemeine Wahlrecht. Wie kann man guten Gewissens von einem demokratischen
1156 System sprechen, wenn sich nur Schulsprecher:innen daran beteiligen dürfen? Es
1157 kann und darf nicht sein, dass nur 0,2% aller Wiener Oberstufenschüler:innen
1158 das Privileg haben, ihre gesetzliche Vertretung auf Landesebene zu wählen.

1159 • Wir fordern, dass sich die LSV für eine Direktwahl proportional verteilter
1160 LSV-Mandate einsetzt. Hierbei soll jede:r Oberstufenschüler:in die
1161 Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um
1162 ein demokratischeres System zu gewährleisten.

1163 • Die LSV hat mit dieser Forderung eine breite Kampagne zur Bekanntmachung
1164 des Schüler:innenvertretungssystems an allen Wiener Schulen zu verknüpfen,
1165 diese
1166 hat vor einer etwaigen Direktwahl stattzufinden.

1167 Mündig, verantwortungsbewusst und bereit fürs Leben

1168 Um dieses demokratische Grunddenken noch weiter zu stärken und für eine
1169 bessere Vertretung zu sorgen braucht es außerdem mehr Aufklärung über das
1170 österreichische SV-System. Es ist unfassbar schade, dass der großen Mehrheit
1171 der Schüler:innen außerhalb der SV-Bubble gar nicht bewusst ist, dass wir das
1172 Privileg haben, eine gesetzlich verankerte, überschulische Vertretung auf
1173 Landes- und Bundesebene zu haben. Eine Vertretung ist nur eine echte Vertretung,
1174 wenn alle wissen, dass sie vertreten werden.

1175 • Wir fordern, dass die LSV Kampagnen zur Vorstellung des österreichischen
1176 SV-Systems an Wiener Schulen startet, um Schüler:innen politisch
1177 aufzuklären. Dabei soll nicht nur das System erklärt werden, sondern auch
1178 wie man sich einbringen kann und was die aktuellen Forderungen sind.

1179 Jedoch braucht es nicht nur politische Aufklärung an Schulen, sondern
1180 Aufklärung in allen Lebensbereichen, um sicherzustellen, dass man bestens aufs
1181 Leben vorbereitet ist. Gerade bei Themen wie beispielsweise Sexualkunde, Drogen
1182 oder mentale Gesundheit, zögern Schüler:innen verständlicherweise oftmals,
1183 sich ihren Lehrkräften anzuvertrauen. Daher sollte es mehr Möglichkeiten
1184 geben, mit schulexternen Personen über jene Themen und Herausforderungen zu
1185 Sprechen.

- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv für vermehrte Angebote Workshops externer Personen an Schulen zu holen, einsetzt, welche es Schüler:innen ermöglichen soll, sich bestens auf das Leben vorbereitet zu fühlen.

Vor allem auch das Erlernen wichtiger Grundkompetenzen wie beispielsweise kritisches Denken oder Basiskenntnisse in Sachen Rhetorik sind Voraussetzungen um am politischen, aber oftmals auch, um am herkömmlichen Alltag teilzunehmen. Da die Schule der prägendste Ort für die Charakterbildung junger Menschen ist, muss hier angesetzt werden. Man sollte in der Schule bereits lernen, wie man kritisch denkt, Kritik äußert und Diskussionen führt. Unmündig zu sein ist einfach, mündig zu sein und selbst zu denken ist anstrengend, aber es lohnt sich.

- Wir fordern, dass die LSV Workshops zu Rhetorik anbietet und sich für mehr kritisches Denken in der Schule einsetzt. Da es aber sehr viele Schulen gibt und es de facto unmöglich ist an allen Workshops anzubieten, soll sie Schüler:innenvertretungen helfen, diese Workshops in ihrer Schule durchzuführen, um die Diskussionskultur und politische Partizipation unter Jugendlichen zu fördern.

JUNOS Schüler:innen vertritt den Standpunkt das Politische Mündigkeit ein Grundpfeiler der Demokratie ist. Um diese gewährleisten zu können benötigt es regelmäßig CHECK & ACT-Maßnahmen.

- Wir JUNOS Schüler:innen fordern einen jährlich anonym abgehaltenen, nicht beurteilten Test durch die Bildungsdirektion an allen Wiener Schulen, um ein gutes Niveau an politischer Bildung gewährleisten zu können.

- Die Ergebnisse dieser Tests, sollten von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern sowie von Experten, ausgewertet und laufend evaluiert werden.

- Die LSV hat die Ergebnisse besagter Tests in passender Art und Weise zu veröffentlichen und auf Basis der Evaluation Forderungen auszuarbeiten.

Der Großteil der SVn hat kein Ideenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem! Anstatt voneinander zu lernen, müssen SVn das Rad jedes Jahr neu erfinden. Um

1216 dagegen anzukämpfen, fordern wir eine Projektmappe von bereits umgesetzten
1217 Projekten an Schulen, die bei jeder Idee in einfachen Schritten erklärt, wie
1218 diese umgesetzt werden können. SVn können individuell entscheiden welche
1219 Projekte an der jeweiligen Schule möglich sind und diese dann auch umsetzen.

1220 • Wir fordern, dass die LSV eine Projektmappe, auf Basis bereits
1221 existierender Projektmappen, erstellt in der typische SV-Projekte für
1222 neugewählte SVen erklärt werden.

1223 • Wir fordern, dass Schulen jederzeit die Möglichkeit haben, der LSV Ideen
1224 für diese Projektmappe schicken können und diese von der LSV regelmäßig
1225 aktualisiert wird.

1226 Chancengerecht & Weltoffen

1227 Damit Schüler:innen nicht nur politisch und professionell aufgeklärt sind,
1228 sondern auch ihrer Umwelt gegenüber aufgeschlossen entgegentreten, ist es
1229 wichtig, sie auf viele wichtige Themen der heutigen Zeit zu sensibilisieren.
1230 Auch wenn vor dem Gesetz alle Geschlechter gleichgestellt sind, ist dies in der
1231 Realität immer noch viel zu selten der Fall. Bereits in Schulen, müssen Kinder
1232 und Jugendliche lernen, wieso dies aber so wichtig ist und wie man aktiv gegen
1233 Benachteiligung einzelner Geschlechter vorgehen kann. Es bringt nichts, wenn man
1234 aus Prinzip eine Einstellung zu gewissen Themen hat, man sollte wissen warum man
1235 eine gewisse Meinung hat und diese Meinung verstehen.

1236 • Wir fordern, dass die LSV sich für vermehrten Aufklärungsunterricht
1237 bezüglich Gleichstellung der Geschlechter einsetzt sowie die Entwicklung
1238 konkreter Projekte für Schüler:innenvertretungen. (Workshops, Seminare...)

1239 Neben der geschlechterbasierten Benachteiligung kommt es auch noch immer viel zu
1240 oft zur Diskriminierung bestimmter Minderheiten. Wir leben jedoch in einer
1241 derart globalisierten und interkulturellen Welt, dass dies längst ein Problem
1242 der Vergangenheit sein sollte. Auch hier spielt die Schule natürlich eine
1243 Schlüsselrolle in der Prävention, da sie versuchen sollte, durch
1244 interkulturelleren und aufgeschlosseneren Unterricht Präventivarbeit zu leisten.
1245 Ein Mensch ist in seinem sein frei, und muss niemanden aktiv unterstützen, aber
1246 das absolute Minimum ist die Toleranz sowie die Akzeptanz.

1247 • Wir fordern, dass sich die LSV für mehr Beihilfe des Landes für Schulen

1248 beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Event einsetzt,
1249 welche Toleranz und ein freies miteinander für alle fördert.

- 1250 • Außerdem fordern wir hierbei einen Fokus auf Rassismusbekämpfung.

1251 Schule von morgen!

1252 Eine Thematik die in Betracht auf unsere Zukunft und die Zukunft auch
1253 zukünftiger Wiener Schüler:innen nicht außer Acht gelassen werden darf ist
1254 der Klimaschutz. Wir JUNOS Schüler:innen glauben, dass wenn jeder seinen Teil
1255 beiträgt, wir etwas bewirken können.

- 1256 • Daher fordern wir das sich die LSV für eine auf Belohnungen basierende
1257 Ökoschool-Challenge, bei der die Schulen, die am meisten CO2 einsparen
1258 Belohnungen bekommen, die die am wenigsten Einsparen Expertenhilfen
1259 bekommen, an allen Wiener Schulen einsetzt.

- 1260 • Des Weiteren soll sich die LSV für faktenbasierte, fächerübergreifende
1261 Klimabildung an allen Schulen Wiens einsetzen.

1262 Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass Schüler:innen im generellen und vor
1263 allem die LSV selbst mehr an Renovierungen und Neuerschließungen von
1264 Schulgebäuden eingebunden zu werden, um zu gewährleisten, dass diese
1265 zukunftsorientiert stattfinden. Weiters kann es nicht helfen, das Wiens Schulen
1266 im Punkt Digitalisierung auf veraltete Computer aus dem letzten Jahrhundert
1267 setzen. Auch zur Mündigkeit unserer Schüler:innen wird dies nicht beitragen.

- 1268 • Wir fordern also, dass sich die LSV für eine Digitalisierungsoffensive an
1269 Wiens Schulen einsetzt. die im Vorhinein zwischen Bildungsdirektion,
1270 Landesschüler:innenvertretung und Experten im Bereich Digitalisierung in
1271 der Bildung abgesprochen werden muss.

1272 Aber auch auf Schulstandorte muss geschaut werden!

1273 An vielen Schulstandorten ist die nächste Schule nur 10 Minuten entfernt, aber
1274 die Distanz fühlt sich oft ewig lang an, den Schulkooperationen, auch genannt

1275 Cluster, sind leider die absolute Seltenheit. Doch gerade an Schulen wo weniger
1276 stark besuchte Fächer wie verschiedene Religionsunterrichte oder
1277 Wahlpflichtfächer aufgrund zu geringer Schüler:innenzahlen nicht stattfinden
1278 können, wären diese extrem wichtig! Deswegen fordern wir die BDW und die LSV
1279 Wien auf in diesem Bereich etwas zu tun.

1280 • Wir fordern die Schaffung einer zentralen digitalen Plattform, auf der
1281 Schulen ihre Angebote eintragen und Kooperationen koordinieren können.

1282 • Wir fordern, dass die BDW ein einheitliches, vereinfachtes Verfahren zur
1283 Genehmigung schulübergreifender Angeboteschafft.

1284 **Mental Health? Nicht egal!**

1285 „Nicht nur ein gebrochenes Bein, sondern auch eine gebrochene Seele tut weh.“
1286 Ein oft gesagter Satz, der immer wichtiger wird, denn Probleme mit Mentaler
1287 Gesundheit sind längst an Wiens Schulen angekommen, und während wir allein das
1288 Problem nicht lösen können, können wir definitiv den ersten Schritt gehen, indem
1289 wir Wiens Schulen verpflichten, das Thema in Angriff zu nehmen!

1290 • Wir fordern eine Wien-weite Ausbildungsoffensive bei Lehrkräften, damit
1291 diese auf die Erkennung erster Symptome mentaler Gesundheitsprobleme
1292 vorbereitet sind.

1293 • Des Weiteren fordern wir, dass alle zwei Jahre Mental Health-Checks an
1294 Schulen stattzufinden haben, um etwaige Probleme im Vorhinein entdecken
1295 und bekämpfen zu können.

1296 • Zuletzt fordern wir präventive Workshops bezüglich mentaler Gesundheit,
1297 denn Probleme die gar nicht entstehen, müssen auch nicht behandelt werden.

1298 **Landesprogramm Burgenland**

1299 **Präambel**

1300 **Es ist jetzt Zeit für Veränderung in der Landes Schüler:innenvertretung**

1301 Burgenland. Das System steht still, obwohl sich in der Welt so vieles
1302 weiterentwickelt. Das Burgenland verdient eine gesetzliche Vertretung die
1303 wirklich etwas verändern möchte. Deshalb jetzt volle Fahrt voraus für eine
1304 zukunftsorientierte LSV im Burgenland.

1305 Chancengerechtigkeit beginnt mit uns!

1306 Gute Ideen brauchen keine dicken Geldbörsen

1307 Um zu gewährleisten, dass sich in den burgenländischen Schulen, alle
1308 Schüler:innen gerechte Chancen haben muss sich viel ändern. Daher fordern wir:

1309 • Menstruationsartikel die von der Landeschüler:innenvertretung gratis in allen
1310 Schulen angeboten werden.

1311 • Ein Nachhilfe- beziehungsweise Buddy Programm, um das System zu entlasten.
1312 Durch beispielsweise Online Plattformen oder direkten Kontakt.

1313 Mental Health

1314 Viel zu lange wurde auch das Thema Mental Health ignoriert, damit muss jetzt
1315 Schluss sein, denn alle Schüler:innen haben das Recht auf mentale Gesundheit.
1316 Keine Schüler:in sollte alleine mit Angst, Depressionen oder anderen mentalen
1317 Problemen gelassen werden. Aus diesem Grund fordern wir:

1318 • Mental Health Checks, die regelmäßig durch Vertrauenslehrer:innen bzw.
1319 Schulpsycholog:innen, an allen Schulen im Burgenland durchgeführt werden.

1320 • Die Förderung von Vertrauenslehrer:innen und damit verbunden die
1321 Sensibilisierung zum Thema Mental Health. Durch eine Ausweitung von
1322 Fortbildungs -und Weiterbildungsmöglichkeiten.

1323 • Den niederschweligen Zugang zu Schulpsychologen auszubauen und für alle
1324 Schüler:innen zu ermöglichen.

1325 360 Grad Feedback

1326 Täglich werden wir von Lehrer:innen bewertet, nicht nur anhand unserer
1327 Leistungen. Denn leider ist bis heute Diskriminierung in den burgenländischen
1328 Schulen keine Ausnahme, genau aus diesem Grund sollte man als Schüler:in die
1329 Möglichkeit haben den Lehrer:innen ein faires, anonymes 360 Grad Feedback zu
1330 geben. Deshalb fordern wir:

1331 · Die Einführung eines anonymen 360 Grad Feedbacks an allen Schulen der
1332 Sekundarstufe II.

1333 · Eine verpflichtende Teilnahme aller Klassen an diesem 360 Grad Feedback.

1334 · Stichprobenartige Kontrollen durch die Bildungsdirektion, durch eine
1335 standardisierte Anwendung.

1336 · Den Zugang für alle Direktionen zu den Ergebnissen des Feedbacks.

1337 Mündigkeit von Morgen

1338 Mündige Bürger:innen

1339 Alle Schüler:innen im Burgenland, sollten die Möglichkeit haben mündige
1340 Bürger:innen von morgen zu werden. Es braucht mehr Aufklärung, mehr sinnvolles
1341 Wissen, um das zu ermöglichen fordern wir:

1342 · Mehr Drogen-, Finanzielle-, Politische-, Wirtschaftliche-, Sexuelle- und
1343 Religiöse- Aufklärungskurse.

1344 · Mehr Aufklärung über berufliche Möglichkeiten und den verpflichtenden
1345 Wehrdienst, den Zivildienst und das freiwillig soziale Jahr.

1346 Künstliche Intelligenz

1347 Es ist längst überfällig, dass Künstliche Intelligenz den Einzug in die
1348 Klassenzimmer der burgenländischen Schulen schafft. Genau aus diesem Grund
1349 fordern wir:

1350 · Mehr Aufklärung über KI bei Eltern, Lehrer:innen und Schüler:innen.

1351 · Die Aufnahme von KI in den täglichen Unterricht.

1352 • Integration des Umgangs mit KI in den Lehrplan.

1353 Politische Mündigkeit

1354 Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen und müssen die Zukunft im Auge
1355 behalten. Eine schwierige Aufgabe, dennoch braucht es mehr politische und damit
1356 zusammenhängend mehr geschichtliche Mündigkeit. Deshalb ist es jetzt an der Zeit
1357 für:

1358 • Für mehr politische Aufklärung im Rahmen des Geschichtsunterrichtes

1359 • Für eine bessere Aufklärung über das Schüler:innenvertretungssystem in
1360 Österreich

1361 • Für mehr Aufklärung über die Politik und politische Systeme in Österreich, der
1362 EU und der Welt.

1363 Sexuelle Aufklärung

1364 Beim Thema sexuelle Aufklärung ist es Zeit für eine objektive, qualitative
1365 Aufklärung, die nicht von der Lehrer:in abhängen sein darf. Deshalb möchten wir
1366 verändern:

1367 • Eine bessere Aufklärung über sexuelle Übergriffe und wie man damit umgeht.
1368 Durch
1369 Workshops und Aufklärungskurse.

1370 • Wir fordern, dass der Lehrplan für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte
1371 sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und Sexualitäten
1372 gesprochen werden. Die Aufklärung über sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische,
1373 Pädophilie und Pornografie sollte dabei ebenfalls Thema sein.

1374 Demokratie und Freiheit

1375 Wählen statt wählen lassen

1376 Damit wir bestmöglich von der Demokratie, in der wir leben Gebrauch machen
1377 können, ist es wichtig bereits früh mit diesem Recht in Berührung zu kommen,
1378 durch eine Direktwahl der Landes Schüler:innenvertretung beispielsweise. Aus
1379 diesem Grund fordern wir:

- 1380 · Die Aufklärung über die Möglichkeiten einer Direktwahl der burgenländischen
1381 Landes Schüler:innenvertretung.
- 1382 · Auf die Aufklärung folgend eine Direktwahl der Landes Schüler:innenvertretung,
1383 an der alle Schüler:innen der Sekundarstufe II teilnehmen.
- 1384 · Durch die LSV durchgeführte Podiumsdiskussionen.
- 1385 · Eine Vertretung die sich aktiv für das Thema Direktwahl einsetzt.
- 1386 Freiheit statt Leitplanken
- 1387 Die Schüler:innen im Burgenland brauchen mehr Freiheiten ebenso alle Direktionen
1388 und Lehrer:innen sollten mehr Handlungsfreiheiten haben um bestmöglich auf die
1389 Bedürfnisse der Schüler:innen einzugehen. Für eine freiere Schule fordern wir:
- 1390 · Mehr Lernfreiheit für Schüler:innen, beispielsweise bei der Wahl zwischen
1391 digitaler und handschriftlicher Mitschrift und Recherchearbeiten in Büchern oder
1392 im Internet.
- 1393 · Mehr Freiheiten für Direktionen, um für ihre Schule nötige Dinge zu verändern.
- 1394 · Mehr Freiheiten für Lehrer:innen um den Lehrplan spannender und an die
1395 Bedürfnisse der Schüler:innen angepasst zu unterrichten.
- 1396 Bürokratie
- 1397 Es ist Zeit für weniger Bürokratie an den burgenländischen Schulen. Für weniger
1398 Bürokratie und mehr Freiheit fordern wir:
- 1399 · Weniger komplizierte Genehmigungs-Verfahren für Projekte, Ausflüge oder der
1400 Kommunikation mit der Bildungsdirektion.
- 1401 · Vereinfachte Abläufe für Förderanträge oder Unterstützungsangebote, wie
1402 Erasmus+, durch eine direkte Kommunikation von Schüler:innen zu den
1403 verantwortlichen Gremien.
- 1404 Transparenz statt Machterhalt
- 1405 Nichts gezeigt - Nichts erreicht

1406 Viel zu lange wurden die burgenländischen Schüler:innen über die Vorgänge und
1407 Möglichkeiten der Landes Schüler:innenvertretung des Burgenlands unaufgeklärt
1408 zurückgelassen. Es ist Zeit für echte Transparenz, aus diesem Grund fordern wir:

1409 · Berichtspflicht für alle Mitglieder der Landes Schüler:innenvertretung im
1410 Burgenland, einmal pro Semester.

1411 · Eine Projektampel, die den Status der aktuellen Projekte der LSV anzeigt.

1412 · Die Offenlegung des Budgets der Landes Schüler:innenvertretung Burgenland.

1413 · Die stärkere Ausführung der LSV on Tour, mit einer organisationsunabhängigen
1414 Aufklärung über das SV System und über die Aufgabenbereiche und Projekte der
1415 LSV.

1416 · Für eine starke Bekanntheitssteigerung der LSV soll diese medial stärker
1417 vertreten sein.

1418 Es ist Zeit für Aufklärung

1419 Man darf Schüler:innevertreter:innen nicht alleine und im Dunkeln lassen. Für
1420 eine Bessere Aufklärung fordern wir:

1421 · Ein Starterpaket für alle Schüler:innenvertreter:innen in jedem neuen
1422 Schuljahr. Mit einem Factsheet über die LSV und alle zu wählenden
1423 Schüler:innenorganisationen.

1424 · Eine Bessere Aufklärung über das Schüler:innenvertreter:innen System in
1425 Österreich.

1426 Umweltbewusstsein jetzt

1427 Umweltschutz fürs Burgenland

1428 Viel zu lange wurde die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit an
1429 burgenländischen Schulen vernachlässigt, es ist Zeit das sich etwas ändert.
1430 Weniger Bürokratie mehr Umweltbewusstsein, ist jetzt angesagt. Aus diesem Grund
1431 fordern wir:

1432 · Mehr Workshops zu den Themen Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und

1433 Mülltrennung.

1434 · Verpflichtende Fahrradplätze an allen Schulen.

1435 · Sensibilisierung für Energieverbrauch, durch die Einführung von
1436 energiesparenden Geräten.

1437 · Im Sinne der Nachhaltigkeit die Förderung der Digitalen Mitschrift.

1438 Trenntastisch

1439 Es ist an der Zeit für mehr Spaß beim Thema beim Thema Umweltschutz an
1440 burgenländischen Schulen. Dieses ohnehin oft übersehene Thema muss neu
1441 aufbereitet werden. Deshalb möchten wir verändern:

1442 · Mehr regionales, saisonales und nachhaltiges Essen an burgenländischen
1443 Schulen.

1444 · Zum Beispiel durch eigene Projekte wie Felder, Bienenstöcke oder der gleichen.

1445 · Einen Tag der im Zeichen des Mülls steht, an dem Challenges oder Ähnliches
1446 durchgeführt werden.

1447 · Eine LSV die bei diesen Themen ein Vorbild ist.

1448 **Landesprogramm Oberösterreich**

1449 Mündigkeit

1450 Wir sind überzeugt davon, dass Schüler:innen nicht nur binomische Formeln,
1451 sondern auch Mündigkeit erlernen sollen. Anstatt einen nur auf die nächste
1452 Schularbeit vorzubereiten, sollte die Schule einen also vor allem für das Leben
1453 nach dem Abschluss ausbilden.

1454 Dementsprechend fordern wir JUNOS Schüler:innen nach dem Motto „Eine Schule fürs
1455 Leben, statt ein Leben für die Schule“, dass gewisse Mündigkeitsbereiche im
1456 Unterricht abgedeckt werden:

1457 Suchtprävention

1458 Ob Snus, E-Zigaretten, Tabak oder Alkohol – Suchtmittel sind an Oberösterreichs
1459 Schulen leider Alltag. Der Konsum beginnt dabei oft viel zu früh und in
1460 übermäßigem Ausmaß. Wir fordern daher, dass:

1461 • Schüler:innen im Biologieunterricht ausreichend und ernsthaft über
1462 Suchtmittel aufgeklärt werden.

1463 • Workshops und externe Expert:innen (z.B. Suchtberatung OÖ) vor Ort in den
1464 Schulen aktiv aufklären – gerade in Regionen, in denen der Konsum
1465 besonders hoch ist.

1466 Politische Bildung:

1467 Auch in Oberösterreich wird die politische Lage zunehmend komplex und ist durch
1468 rechts- als auch linksextreme Vorfälle und Aussagen geprägt.
1469 Deshalb halten wir das vom Bundesministerium für Bildung geplante Fach
1470 „Demokratiebildung“ für besonders unterstützenswert.

1471 Weiters setzen wir uns dafür ein, dass:

1472 • Aufklärung bezüglich Extremismus & Zivilcourage ein fixer Bestandteil des
1473 neuen Faches „Demokratiebildung“ werden.

1474 • Schüler:innen, welche in ihrer schulischen Laufbahn wiederholt durch
1475 Mobbing auffällig werden, verpflichtend und auf eigene Kosten einen
1476 Workshop gegen Mobbing und Radikalisierung (z.B. Blue Eye, ...) besuchen
1477 müssen.

1478 Wirtschaftliche Bildung:

1479 Finanzielle Mündigkeit ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Jedoch
1480 beenden viele Schüler:innen Oberösterreichs ihre schulische Laufbahn ohne je
1481 etwas über Unternehmertum, Steuern, Versicherungen oder Mietverträge gehört zu
1482 haben.

1483 Um diese wirtschaftlichen Kompetenzen der Schüler:innen zu fördern halten wir es
1484 für sinnvoll, dass:

1485 • eine verpflichtende wirtschaftliche Grundbildung aller Schüler:innen bis
1486 zum Abschluss der Pflichtschule stattfindet.

1487 • Kooperationen mit lokalen Unternehmen/Institutionen wie z.B. der WKÖ, oder
1488 Start-ups aus der Umgebung geplant werden, um Inhalte praxisnahe zu
1489 vermitteln.

1490 Transparenz

1491 Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und
1492 Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als die Basis für
1493 eine Schule, welches auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von
1494 Morgen bietet demnach Mitbestimmung auf allen Ebenen.

1495 Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen:

1496 Wir erkennen an, dass Schüler:innenpolitik in erster Linie in den Ländern
1497 passiert. Doch es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen
1498 einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven
1499 Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und
1500 Stillstand.

1501 • Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab
1502 der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden,
1503 um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer
1504 gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

1505 Ein Kandidieren für die LSV-Wahl sollte sowohl als Mitglied einer Organisation
1506 als auch unabhängig möglich sein. Damit schaffen wir nichts Neues, sondern
1507 schreiben gelebte Praxis fest.

1508 • Wir fordern die Schaffung einer echten Listenwahl. Einerseits sollen
1509 Organisationen Listen unter ihrem Namen aufstellen können, aber
1510 andererseits solle es auch möglich sein mit eigenen, unabhängigen Listen
1511 kandidieren zu können, sofern die Liste bis zu einem vom Datum der Wahl
1512 abhängigen Stichtag bekanntgeben wird.

1513 Anfragerecht für jedes SiP:

1514 Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. Deswegen sind Aufsichtsinstanzen
1515 essenzielle Werkzeuge zur Einhaltung von Transparenz und Integrität.
1516 Schüler:innenparlamente spielen dabei eine Schlüsselrolle.

- 1517 • Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-
1518 SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

1519 Projektampel – Übersicht über den Fortschritt laufender Projekte:

1520 Viele Projekte innerhalb der Schüler:innenvertretung laufen über mehrere Monate
1521 hinweg. Dabei fehlt oft eine transparente Übersicht über den aktuellen Stand. Um
1522 Kontinuität und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, braucht es ein klares
1523 System zur Fortschrittsanzeige.

- 1524 • Wir fordern daher die Einführung einer Projektampel auf der Website der
1525 LSV OÖ, die den aktuellen Status laufender Projekte (z. B. geplant, in
1526 Arbeit, abgeschlossen) visuell darstellt. Diese wird regelmäßig
1527 aktualisiert und ist öffentlich einsehbar, um Transparenz und
1528 Nachvollziehbarkeit innerhalb und außerhalb der LSV OÖ zu fördern.

1529 Transparente Budgetoffenlegung auf Schul- und Landesebene:

1530 Die transparente Verwendung von Budgetmitteln ist ein zentraler Bestandteil
1531 demokratischer Mitbestimmung. Aktuell sind Schüler:innen von
1532 Budgetentscheidungen an ihren Schulen weitgehend ausgeschlossen, da die
1533 Direktionen nicht zur Offenlegung verpflichtet sind.

1534 Transparenz muss jedoch über die einzelne Schule hinausgehen. Auch innerhalb der
1535 LSV soll ein verantwortungsvoller und nachvollziehbarer Umgang mit Budgetmitteln
1536 sichergestellt werden. Darum fordern wir, dass:

- 1537 • das Schulbudget ganzjährig einsehbar ist und bei Nachfrage mit Belegen
1538 nachweisbar gemacht wird.
- 1539 • die LSV OÖ ihre Einnahmen und Ausgaben öffentlich zugänglich macht z. B.
1540 durch eine Veröffentlichung auf ihrer Website.

Mental Health

Alle 40 Sekunden begeht ein Mensch Suizid. Bei 15–29-Jährigen ist Selbstmord die zweithäufigste Todesursache. So ein Bericht der WHO. Dies ist nur die Spitze des Eisberges, denn viele Menschen leiden tagtäglich unter psychischen Störungen, selbst wenn diese nicht in einen Suizid kulminieren. Bei einer Studie aus dem Jahr 2018 bei welcher ca. 3000 Schüler:innen an Österreichs Schulen befragt wurden, lag etwa die Punktprävalenz von Angststörungen bei 9,4 %. Wir sehen, psychische Gesundheit ist ein Thema höchster Wichtigkeit und sollte auch dementsprechend behandelt werden. Darum fordern wir als Junos Schüler:innen dass:

- Programme und Workshops zum Thema mentale Gesundheit regelmäßig angeboten werden etwa in Form eines jährlichen Mental-Health-Tages.

- das Angebot an Schulsozialarbeiter:innen und/oder Schulpsychologinnen/Schulpsychologen ausgeweitet wird, sodass jährliche Untersuchungen angeboten werden können. Außerdem sollen Sprechstunden per Terminvereinbarung möglich sein, um so niederschwellig Unterstützung anbieten zu können.

Ernährung und Sport

Laut den österreichischen Bewegungsempfehlungen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sollten Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 18 Jahre täglich eine Stunde Sport betreiben. Allerdings erfüllten im Jahr 2018 nur 55,8 % der Schüler und 33,4 % der Schülerinnen diese Empfehlung mindestens viermal die Woche. Zudem sind Falschinformationen auf Social Media weit verbreitet. Youtube und Instagram sind hierfür bisher die beliebtesten Plattformen.

Deswegen fordern wir, dass:

- eine tägliche Sporteinheit eingeführt wird. Diese wird von dem jeweiligen Sportlehrer: innen der Klasse oder Schulstufe geleitet. Sie konzentriert sich primär auf die Bewegung an sich und die Freude daran, anstatt auf Leistungsdruck zu pochen.
- im Biologieunterricht Informationen und Faktenchecks zu dem Thema Muskelaufbau und Bewegung vermittelt werden.

- Workshops von Ernährungsberater: innen jährlich für Schüler:innen angeboten werden. Der Fokus hierbei liegt auf klimaschonende, ausgewogene Ernährung.

1577 Innovativer Klimaschutz

1578 Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Jeder muss einen Beitrag zu
1579 dessen Lösung leisten. Oberösterreich ist das Industriebundesland schlechthin.
1580 Insgesamt macht diese Branche 22% an der ganzen Industrie Österreichs aus.
1581 Dieser Bereich der Wirtschaft ist gleichzeitig mit hohen Emissionen verbunden.
1582 Mit dem Vorsatz einer CO₂-neutralen Stahlproduktion seitens der Voestalpine ist
1583 ein wichtiger Schritt getan. Dies ist aber lange nicht genug. Um nachhaltig
1584 Veränderung zu bewirken, muss bei den zukünftigen Arbeiter: innen und
1585 Unternehmer: innen Oberösterreichs frühzeitig angesetzt werden. Deswegen fordern
1586 wir:

- Ein Belohnungssystem, welches umweltfreundliches Verhalten motiviert, ohne zu bestrafen. Die Schulen mit den höchsten Emissionsrückgängen innerhalb eines Jahres werden finanziell belohnt. Diese Geldmenge ist zweckgebunden an CO₂-neutrale Ausgaben. Zugleich erhalten Bildungsstätten mit den geringsten Senkungen Unterstützung von Experten: innen des Bildungsministeriums. Die derzeitigen Ergebnisse werden in einer zentralen, aktuellen Rangliste online einsehbar zur Verfügung gestellt.

1594 **Landesprogramm Steiermark**

1595 Transparenz

1596 (L)SV-Aufklärung

1597 Die steirische LSV (Landesschüler:innenvertretung) vertritt alle Schüler:innen
1598 aus der Steiermark. Allerdings wissen viele Schüler:innen nicht, was die LSV
1599 überhaupt ist, geschweige denn was ihre Aufgabengebiete sind. Deshalb braucht
1600 es mehr Aufklärung. Es braucht nicht nur mehr Aufklärung über die LSV,
1601 sondern auch über die SV (Schüler:innenvertretung) in den einzelnen Schulen,
1602 damit das gesamte SV-System verstanden werden kann. Durch diese Aufklärung wird
1603 den Schüler:innen die Möglichkeit gegeben, auf Informationen rund um ihre
1604 Vertretung zugreifen zu können und sich eventuell auch selbst darin
1605 einzubringen. Eine Aufklärung über das (L)SV-System könnte beispielsweise
1606 durch die Erstellung und Veröffentlichung von Aufklärungsvideos gelingen.

1607 Wir fordern die Einrichtung einer LSV-Videoplattform, auf der die Schüler:innen
1608 laufend Zugriff zu Aufklärungsvideos bezüglich der SV, LSV und BSV haben.

1609 Transparente LSV

1610 Aber nur mit Aufklärung über die LSV ist es noch nicht getan, die LSV muss
1611 insgesamt transparenter werden, damit alle steirischen Schüler:innen endlich
1612 wissen, an was die LSV arbeitet und wie sie es ihre Projekte umsetzt. Deshalb
1613 setzt sich JUNOS Schüler:innen für eine transparente LSV ein. Wir wünschen
1614 uns eine LSV in der die Finanzen kein Geheimnis, sondern offen einsehbar sind.
1615 Außerdem ist es uns ein Anliegen, dass die Projekte und Ideen der LSV offen und
1616 frühestmöglich veröffentlicht werden, damit diese eine möglichst breite
1617 Zielgruppe erreichen.

1618 Wir fordern die Erstellung eines Jahresplans/Kalenders, in dem die LSV über
1619 Projekte und Events informiert.

1620 Wir fordern die Bekanntgabe der Finanzen der LSV, für alle einsehbar, auf der
1621 LSV-Website.

1622 Projektbörse

1623 Einige Schüler:innenvertretungen haben zwar die Motivation Projekte an ihrer
1624 Schule umzusetzen, aber ihnen fehlen die Ideen oder ein Plan für die Umsetzung.
1625 Außerdem fehlt es an Austausch zwischen den Schulen, welche Projekt sie gerade
1626 umsetzen und welche Projekte gut funktioniert haben an ihren Schulen und welche
1627 nicht.

1628 Wir fordern, dass die Landesschüler:innenvertretung eine Projektböse für alle
1629 Schüler:innenvertretungen mit umsetzbaren Projekten für Schulen veröffentlicht.

1630 Mündigkeit

1631 „Non vitae sed scholea discimus“ (Nicht für das Leben, sondern für die
1632 Schule lernen wir), wusste Seneca schon 60 nach Christus. Daran hat sich bis
1633 heute auch wenig geändert, wie wir JUNOS Schüler:innen finden.

1634 Eigentlich hat die Schule die Aufgabe, uns auf das Leben vorzubereiten. Sie hat
1635 uns das Werkzeug mitzugeben, um später die eigenen Flügel heben zu können,
1636 ganz egal wohin es uns verschlägt. Sie hat die Pflicht uns zu mündigen
1637 Bürger:innen zu erziehen, die durch ihr Gelerntes sinnvolle, nachhaltige

1638 Entscheidungen treffen können.

1639 Wir fordern ein größeres und erweitertes Angebot an Wahlpflichtfächern, um
1640 dieses zu ermöglichen sollen Schulcluster erstellt werden

1641 Politische Bildung

1642 Um ein mündiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können, ist ein
1643 grundlegendes politisches Verständnis notwendig. Und politisches Verständnis
1644 wird nicht nur durch einen guten und informativen Unterricht in der Schule,
1645 sondern auch durch hautnahes Erleben von Politik vermittelt. Deshalb setzen wir
1646 JUNOS Schüler:innen uns dafür ein, dass Besuche einer Landtagssitzung und
1647 bestenfalls auch einmal einer Gemeinderatssitzung in den Politikunterricht
1648 eingeplant und aufgearbeitet werden. Des Weiteren sind Podiumsdiskussionen
1649 essential, um sich eine eigene Meinung über die politischen Parteien bilden zu
1650 können.

1651 Wir fordern, dass Besuche des Landestages und der unterschiedlichen Rathäuser
1652 ein fixer Bestandteil jedes Politikunterrichtes sind.

1653 Wir fordern, dass jährlich eine Podiumsdiskussion an jeder Schule stattfindet.

1654 Wir fordern eine stärkere Bewerbung von internationalen Projekten wie Erasmus+

1655 Religiöse Mündigkeit

1656 Wir JUNOS Schüler:innen glauben, dass die Schule ein neutraler Ort sein soll,
1657 an dem Schüler:innen auf ein mündiges und selbstbestimmtes Leben vorbereitet
1658 werden. Dazu gehört auch ein unbeeinflusstes Lernen über die unterschiedlichen
1659 Religionen. Deshalb sprechen wir uns für eine klare Trennung von Schule und
1660 Religion aus.

1661 Da Religion Privatsache ist, sollten Kreuze, genauso wie sämtliche anderen
1662 religiösen Symbole, in keinem Klassenzimmer einer öffentlichen Schule zu
1663 finden sein.

1664 Sexuelle Mündigkeit

1665 In der Schule kommt sexuelle Aufklärung oft zu kurz. Auch deshalb sind andere
1666 Sexualitäten, vor allem in der Schule, oft unterrepräsentiert und deshalb
1667 können sich queere Jugendliche in der Schule oft nicht akzeptiert fühlen.

1668 Pride-Flagge können gerade diesen Personen dabei helfen sich in der Schule
1669 wohlfühlen und können dazu beitragen Vorurteile und Diskriminierung in der
1670 Schule zu verringern.

1671 Wir fordern, eine starke Zusammenarbeit mit externen Expert:innen und
1672 Organisationen, um die sexuelle Aufklärung an Schulen zu verbessern.

1673 Wir fordern, Love-is-love Kampagnen mit LGBTQIA+ Gruppen

1674 Digitale Mündigkeit

1675 Die zunehmende Verbreitung von Künstlicher Intelligenz und digitalen Medien
1676 stellt Schulen vor neue Herausforderungen – und eröffnet zugleich große Chancen.
1677 Damit Lehrkräfte diesen Entwicklungen kompetent begegnen können, fordern wir
1678 landesweite Fort- und Weiterbildungen in den Bereichen KI- und Medienkompetenz.
1679 Nur wer die Funktionsweise, Möglichkeiten und Grenzen dieser Technologien
1680 versteht, kann sie sinnvoll im Unterricht einsetzen und gleichzeitig kritisch
1681 hinterfragen.

1682 Wir fordern Landesweite Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte zu Themen
1683 wie „KI- und Medienkompetenz

1684 Wir fordern, Aufklärung und Thematisierung zur korrekten Nutzung von KI im
1685 Schulkontext

1686 Finanzielle Mündigkeit

1687 Finanzbildung ist eine zentrale Lebenskompetenz, die im Schulalltag oft zu kurz
1688 kommt. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir die Miteinbeziehung von Online-Tools
1689 in den Unterricht, mit denen Schüler:innen praxisnah Kompetenzen in Bereichen
1690 wie Investieren, Börse oder Budgetplanung erlernen können. Digitale Anwendungen
1691 ermöglichen es, komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge verständlich und
1692 interaktiv zu vermitteln.

1693 Wir fordern Miteinbeziehung von Online-Tools in den Unterricht, bei dem
1694 Schüler:innen Kompetenzen im Bereich investieren, Börse oder Budget erlernen

1695 Wir fordern, Workshops die von externen Expert:innen durchgeführt werden mit dem
1696 Schwerpunkt Finanzbildung

1697 Demokratie

1698 Demokratische Schule

1699 Eine funktionierende Demokratie muss bereits auf kleinster Ebene konsequent
1700 gelebt werden, um sich auf großer Ebene entfalten zu können. Daher setzen wir
1701 uns dafür ein, alle Prozesse in der Schule und Schüler:innenvertretung zu
1702 demokratisieren.

1703

1704 Allgemeines Wahlrecht, bei Wahl der Landesschüler:innenvertretung.
1705 Die Landesschüler:innenvertretung (LSV) ist die gesetzlich gewählte Vertretung
1706 aller Schüler:innen in den Bundesländern. Aktuell ist sie allerdings nicht
1707 demokratisch legitimiert. Im Moment dürfen an der Wahl zu diesem Gremium nur die
1708 Schulsprecher:innen teilnehmen. Aus unserer Sicht muss jeder die Möglichkeit
1709 haben, seine eigene Vertretung zu wählen – nicht nur wenige Privilegierte.

1710

1711 Wir fordern daher, dass das aktive Wahlrecht zur LSV ab der 9. Schulstufe
1712 allgemein zugänglich sein soll.

1713

1714 Abstimmung über konkrete Verwendung von Finanzmitteln im SGA

1715

1716 Wie und für was das Budget einer Schule verwendet wird, darf nicht allein der
1717 Schulleitung obliegen, sondern muss ebenfalls demokratisch entschieden werden.

1718

1719 Daher fordern wir, dass sämtliche konkrete Verwendungszwecke des Schuletats im
1720 SGA erklärt, diskutiert und genehmigt werden müssen.

1721 Mentale Gesundheit

1722 Psychische Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Lernen
1723 und ein gutes Schulklima. Deshalb fordern wir die Förderung von Peer-
1724 Ausbildungen in Bereichen wie Stressbewältigung, Krisenprävention und Mediation,
1725 um Schüler:innen frühzeitig zu stärken und gegenseitige Unterstützung zu
1726 fördern. Ein verpflichtender „Erste-Hilfe-Kurs für die Psyche“ in der
1727 Sekundarstufe I soll helfen, Warnsignale zu erkennen und Hemmschwellen beim
1728 Suchen nach Hilfe abzubauen. Aufklärungskampagnen der LSV Steiermark über
1729 Hilfsangebote machen psychische Belastungen sichtbar und zeigen Wege aus der
1730 Krise. Regelmäßige Mental Health Check-ups durch Fachpersonal ermöglichen es,
1731 Probleme früh zu erkennen, bevor sie chronisch werden, weil seelische Gesundheit
1732 genauso wichtig ist wie körperliche.

- 1733 Wir fordern, aktive Förderungen von Peer-Ausbildungen in Bereichen wie
1734 Stressbewältigung, Krisenprävention sowie – intervention oder Mediation.
- 1735 Wir fordern, einen „Erste-Hilfe-Kurs für die Psyche“ in der Sekundarstufe I
- 1736 Wir fordern, Aufklärungskampagnen von der LSV Steiermark über Hilfsangebote bei
1737 psychischen Problemen
- 1738 Wir fordern Regelmäßigen Mental Health Check ups von dafür ausgebildeten
1739 Personen

ANTRAG

Antragsteller*in: *Lorenz Horvath*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A1: Wo woar mei Leistung?

Antragstext

1 Während der COVID19-Pandemie gab es vermehrt Diskussionen über die Matura und
2 ihre heutige Bedeutung im Schulsystem. Durch die vielen von der Bundesregierung
3 erlassenen Erleichterungen, wovon manche noch bis heute andauern, wurde die
4 Qualität der Matura und damit einhergehend auch der Wert ebendieser enorm
5 verwässert und gesenkt. Dies ist eine fatale Entwicklung, wenn man sich vor Auge
6 führt, dass der Zweck der Matura die Feststellung der Reife für den Beginn eines
7 Hochschulstudiums sein soll und sie diesem, wie man an der steigenden Zahl an
8 Aufnahmetests, selbst an heimischen Universitäten, unschwer erkennen kann,
9 einfach nicht mehr richtig nachkommt. Als Maturant:in merkt man oft selbst, dass
10 das Niveau der Matura als Abschluss der Schulkarriere kaum eine Herausforderung
11 darstellt und fragt sich so zu recht: "Wo woar mei Leistung?".

12 Dies muss sich ändern. Es muss sich ändern, da eine Matura, die für keine
13 Bewerbung an einer guten Uni reicht, die kein Arbeitgeber wertschätzt und die
14 keine lernerische Herausforderung darstellt schlichtweg keine
15 Daseinsberechtigung hat. Da könnten wir sie einfach abschaffen - und es würde
16 sich rein gar nichts ändern. Aber das ist nicht unsere Vision. Das ist nicht
17 unser Anspruch. Erst recht nicht an ein Bildungssystem, welches Leistung fordern
18 und fördern soll, wie wir Liberale es uns immer wieder auf die Fahne schreiben.
19 Nein, uns JUNOS Schüler:innen schwebt etwas komplett anderes vor:

20 Die Matura muss schwerer werden. Sie muss wieder zu einer echten Herausforderung
21 werden. Nur so können wir österreichischen Schüler:innen einen leichteren
22 Bewerbungsprozess bei Universitäten und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit am
23 Arbeitsmarkt - sowohl im In-, als auch im Ausland - ermöglichen.

- 24 • Wir fordern, dass die Matura wieder eine Reifeprüfung wird, deren Niveau
25 international wettbewerbsfähig ist.

Aber eine Steigerung des Niveaus ist nur möglich, wenn wir tatsächlich gerechte Chancen für alle Schüler:innen in Österreich schaffen. Es ist absolut unverständlich, warum manche Schüler:innen ihre Mathematura auf einem primitiven Taschenrechner mit Zettel und Papier bestreiten müssen, während andere moderne Computerprogramme wie Mathcad oder GeoGebra verwenden dürfen, welche Ableitungen, grafische Darstellungen oder Gleichungssysteme innerhalb von Millisekunden lösen können. In Zukunft sollen alle Schüler:innen Zugang zu allen zugelassenen Hilfsmitteln bekommen und sich selbst entscheiden können, welche sie verwenden.

- Wir fordern, dass allen Schüler:innen alle zugelassenen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden und diese sich selbst entscheiden können, welche sie verwenden möchten.

Weiteres muss die Bewertung der Maturen reformiert werden. Während die meisten Lehrkräfte kompetent und ehrlich benoten, gibt es immer wieder Fälle, in denen die eigenen Schüler:innen besser oder schlechter benotet werden als gerechtfertigt wäre. Das muss sich ändern.

- Wir fordern daher, dass alle Maturen von schulfremden Lehrkräften korrigiert werden.

Ein höheres Maturaniveau allein wird die jetzigen Probleme der internationalen Rekognition jedoch nicht lösen. Hier braucht es eine konzentrierte, diplomatische Anstrengung von seiten der Bundesregierung, um bilaterale Abkommen mit anderen Staaten abzuschließen. Gerade die BMHS-Matura wird vielerorts nicht anerkannt, so auch in der Schweiz, welche mit der ETH und der HSG, aber auch einer Vielzahl anderer hochqualitativen Universitäten, bestimmte BMHS-Absolventen entweder pauschal ausschließt, oder ein Studium nur durch irrational strenge Auflagen ermöglicht.

- Wir fordern, dass die Bundesregierung durch bilaterale Abkommen die internationale Anerkennung der Matura (insbesondere der BMHS-Matura) ausweitet.

ANTRAG

Antragsteller*in: Paul Hebauer

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A2: Damit auch jede:r Wahlberechtigte:r vom Wahlrecht Gebrauch machen kann

Antragstext

1 Aktuell haben nur einige Bundesländer die Möglichkeit der Briefwahl für die LSV-
2 Wahl. In vielen anderen Bundesländern führt das dazu, dass Schulsprecherinnen
3 und Schulsprecher, die aufgrund von Krankheit, Abwesenheit oder anderen Gründen
4 nicht persönlich an der Wahl teilnehmen können, von der politischen
5 Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Die derzeit einzig existierende Möglichkeit
6 für solche Fälle ist es die Stellvertretung nachzudelegieren.

7 Die LSV ist eine wichtige Einrichtung für Schüler:innen, um ihre Interessen
8 gegenüber den Bildungsdirektionen und den Politiker:innen zu vertreten. Eine
9 Briefwahl der LSV ist ein zentraler Bestandteil der demokratischen Mitbestimmung
10 und sollte deshalb unbedingt zur Verfügung stehen. Die Ausweitung der Briefwahl
11 für die LSV Wahl auf alle Bundesländer würde auch dazu beitragen, dass die
12 Wahlbeteiligung sich erhöhen würde, da man einfach ganz bequem von der Schule
13 aus wählen kann. Eine Briefwahl würde wirklich jede Schulsprecherin und jeden
14 Schulsprecher ermöglichen, die LSV mitzuwählen.

15 Deshalb fordern wir

- 16 • eine Ausweitung der Briefwahl auf alle Bundesländer anhand des Beispieles
17 von den anderen Bundesländern, in denen man derzeit schon mit der
18 Briefwahlkarte wählen kann.

ANTRAG

Antragsteller*in: Paul Hebauer

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A3: BeReal: Mentale Gesundheit stärken und das wahre Selbst an Schulen stärken

Antragstext

1 Wo hakt's denn?

Sowohl zahlreiche Studien als auch unzählige Berichte von Schüler:innen und Lehrkräften zeigen, dass Kinder und Jugendliche von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen sind. Jedoch wird die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auch unabhängig von der Pandemie viel zu sehr vernachlässigt.

Die Schule ist der prägendste Ort im Sozialisierungsprozess aller Kinder und Jugendlichen, weswegen es umso wichtiger ist, dass sie ein Ort ist, an dem wir uns wohlfühlen. Natürlich muss einem auch bewusst sein, dass dieser Ort nicht immer nur toll und spaßig sein kann, dennoch sollte auch nicht das Gegenteil – das Zerstören der mentalen Gesundheit von Schüler:innen – passieren. Es sollte die Basis für möglichst viel Leistung bei möglichst geringer psychischer Belastung gelegt werden!

Die Bildungspolitik ist hierbei laut Expert:innen oftmals nicht optimal auf dieses Ziel abgestimmt. Bereits seit Jahren lässt sich eine Negativtendenz bei der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen feststellen. Einerseits spielt hier sicherlich der Druck, etwas zu erreichen und einzigartig zu sein eine große Rolle, andererseits aber auch die sozialen Medien. Influencer:innen zeigen uns meist nur, wie der perfekte Teil ihres Lebens aussieht. Vor allem jüngeren Personen fehlt hier jedoch die Fähigkeit zu erkennen, dass dieses perfekte Leben nur ein kleiner Teil des Gesamtbilds ausmacht, wovon uns die negativen Seiten oft vorenthalten werden wodurch unrealistische Erwartungen an das Leben und somit auch Unzufriedenheit und Hoffnungslosigkeit entstehen kann.

1. Mentale Mündigkeit

Es ist nicht nur wichtig, dass die Schule uns über mentale Gesundheit aufklärt, sondern Kindern und Jugendlichen sollte ebenfalls beigebracht zu werden, sich selbst zu helfen bzw. Hilfe zu holen. Diese "Mentale Mündigkeit" ist nicht nur das beste Präventionskonzept, sondern bereitet die Schüler:innen auch auf ein selbstbestimmtes Leben nach der Schule vor.

Enttabuisierung als erster Schritt

Der wohl wichtigste Schritt um die Basis für echte mentale Mündigkeit zu legen ist die Enttabuisierung des Themas. Es ist essentiell Schüler:innen zu zeigen, dass mentale Probleme nichts sind, wofür man sich schämen muss. Der beste Weg, um dies zu gewährleisten ist die aktive Behandlung dieses Themas im Unterricht, damit wir über unsere Psyche gut aufgeklärt werden. Das Ziel ist es, dass psychischen Krankheiten ähnlich wie physische Krankheiten betrachtet werden - nämlich als Probleme, die einen ohne eigene Schuld treffen und bei denen man sich durchaus Hilfe holen kann und sollte.

→ Wir fordern die verpflichtende Aufnahme von mentaler Gesundheit und psychischer Probleme in den Lehrplan der Sekundarstufe 2. Schulen bekommen hierbei ein zentral definiertes Curriculum und können selbst entscheiden, wie, in welchem Rahmen und in welchem Fach es unterrichtet wird.

Echte mentale Mündigkeit in der Schule

Im Rahmen des Unterrichts sollten den Jugendlichen auch grundlegende Techniken des Selbstschutzes und der Selbsthilfe mitgegeben werden. Die Schüler:innen sollten ebenfalls lernen, wo sie Hilfe finden können. Sowie zum Beispiel jede_r Schüler_in die Nummer der Rettung, der Feuerwehr und der Polizei erlernt, sollte auch jede_r nach Ende ihrer oder seiner Schulzeit die Nummer von Rat auf Draht oder von sonstigen relevanten Hotlines kennen! Nur wenn Schüler_innen wissen, wie man sich selbst Hilfe holen kann, sind diese auch wirklich hilfreich. Des Weiteren ist dies die Grundlage für ein gesundes Miteinander, da man so gegebenenfalls auch anderen Kolleg:innen oder Freund:innen helfen kann.

→ Wir fordern, dass im Mentale-Gesundheits-Curriculum insbesondere auf Selbsthilfetechniken und auf die gängigen Anlaufstellen, bei denen man sich Hilfe holen kann, eingegangen werden soll.

2. Langfristige Maßnahmen

Egal ob wir uns in einer Pandemie befinden oder nicht, ist es von enormer Bedeutung mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im System "Schule"

mehr zu berücksichtigen. Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation braucht es allenfalls auch langfristige Lösungsansätze, um dieses System nachhaltig gesünder zu gestalten.

Gleichaltrige Hilfe damit kleine Probleme nicht zu großen werden

Kleine Probleme können - wenn sie nicht gelöst werden - schnell zu einer großen Belastung werden. Um kleine Probleme rasch aus der Welt zu schaffen, wollen wir das Modell der Peer-Mediation propagieren. Hierbei handelt es sich um ein Modell, bei dem ältere Schüler:innen eine Ausbildung erhalten, um Streitereien jüngerer Kinder zu schlichten. Natürlich ist hierbei nicht angedacht, dass Kinder und Jugendliche für die mentale Gesundheit ihrer Peers verantwortlich sind, jedoch kann auch durch diese "kleine" Hilfen nachhaltig geholfen werden. Peer-Mediation und die Stärkung des Klassenverbands können hier eine Schlüsselrolle spielen.

→Wir fordern, dass das Bildungsministerium Schulen dabei unterstützt Peer-Mediations-Modelle zu etablieren. Langfristig ist das Ziel, dass solche Modelle in allen Schulen ausgerollt werden.

Ausgebildete Lehrkräfte um erste Hilfe für den Kopf zu leisten

Doch nicht alles kann von Peer-Mediator_innen abgefangen werden. Um bei größeren psychischen Problemen rasche Hilfe anbieten zu können, braucht es eine andere Struktur. Es ist vermutlich allen bewusst, dass es auch ohne Pandemie viel zu wenig psychische Fachkräfte an Schulen gibt. Leider ist hierbei nicht nur das Geld ein Problem, sondern der Mangel an geeignetem Personal. Um den Druck auf studierte Schulpsycholog_innen zu nehmen, wollen wir Lehrkräfte bereits im Rahmen ihres Studiums zu sogenannten "Vertrauenslehrkräften" ausbilden. Langfristig wollen wir, dass zumindest alle Klassenvorstände eine solche Ausbildung haben. Sie können damit wichtige Ansprechpartner:innen für Schüler:innen sein und wissen, wo sie bei gravierenden Problemen Hilfe holen können. Diese Personen müssen nicht zwingend auf dem Gebiet der Psychologie ausgebildet sein, sondern es ist viel wichtiger, dass Schüler:innen diesen Lehrkräften vor allem vertrauen können.

→Wir fordern die Einführung einer besonderen Ausbildung zu Vertrauenslehrkräften für Lehramtsstudierende.

(Routine-)untersuchungen durch echte (Schul-)psycholog:innen

Workshops von externen Organisation sowie regelmäßige Vorsorgegespräche mit

Schulpsycholog:innen und anders ausgebildete Personen können hier eine wichtige Rolle spielen. Schüler:innen sollen lernen, was es bedeutet, mental gesund zu sein und wie man diese Gesundheit beibehalten kann. Langfristig ist es unfassbar wichtig mehr Ausbildungsplätze im psychologischen Bereich zu schaffen, um nachhaltig helfen zu können. Das langfristige Ziel sollen nämlich Routineuntersuchungen sein. In vielen Schulen ist es leider noch immer Realität, sich für einen Termin in eine Liste eintragen zu müssen, die offen auflegt. Als JUNOS Schüler:innen finden wir, dass dies eine viel zu große Hürde für Schüler:innen ist und wollen eine vertraulichere und unkompliziertere Terminvereinbarung an allen Schulen.

→Wir fordern regelmäßige Einheiten mit Schulpsycholog:innen oder in die Richtung anderer ausgebildete Personen, um zu gewährleisten, dass sich Kinder und Jugendliche ihrer eigenen Situation bezüglich mentaler Gesundheit bewusst [\[1\]](#) zu sein. Außerdem sollte jedem/jeder Schüler:in möglich sein, vertraulich und unkompliziert einen Termin mit diesen Personen auszumachen.

3. Rasche Maßnahmen

Es ist klar, dass man unbedingt nachhaltige Änderungen im Bildungssystem braucht, um die mentale Gesundheit von Jugendlichen zu berücksichtigen, ohne die Schule an Wert verlieren zu lassen. Jedoch ist es gerade jetzt unfassbar wichtig, niederschwellige Angebote einzuführen, welche Schüler:innen jetzt, kurzfristig helfen.

Workshops fördern

Es braucht jetzt mehr Projekte und Angebote an Schulen um Schüler:innen aufzuklären und zu zeigen, dass es sich hierbei um ein weitverbreitetes und unfassbar wichtiges Thema handelt. Doch auch bei vielen Eltern fehlt es an Aufklärung. Gerade deswegen braucht es eine Einbeziehung der Eltern. Dies könnte am Elternabend zum Beispiel stattfinden.

→Wir fordern ein vermehrtes Angebot von Projekten und Workshops um über die psychische Gesundheit aufzuklären und Hilfeangebote vertraut zu machen und direkt Soforthilfe bei Jugendlichen zu leisten. Auch sollten die Eltern besser aufgeklärt werden, um diese mehr in die psychische Gesundheit ihrer Kinder einzubeziehen.

Existierende Strukturen aufwerten

Außerdem müssen Schüler:innen das Gefühl haben, sich an jemanden wenden zu

126 können. Hierbei gibt es mehrere Möglichkeiten um langfristig Hilfe zu
127 gewährleisten, doch braucht es gerade jetzt vermehrt für die privaten Anliegen
128 von Schüler:innen zuständige Personen.

129 →Wir fordern, dass zentrale Anlaufstellen an Schulen und auf überschulischer
130 Ebene gezielt beworben werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Marcus Lieder*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A4: Multikulti statt Leitkultur

Antragstext

1 In einer zunehmend globalisierten Welt sind Fremdsprachenkenntnisse von
2 unschätzbarem Wert. Sie öffnen Türen zu anderen Kulturen, fördern
3 interkulturelles Verständnis und bieten vielfältige berufliche Chancen.
4 Fremdsprachenkompetenzen sind ein zentrales Anliegen, das zur persönlichen und
5 gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt.

6 Unser Bildungssystem sollte darauf abzielen, Schüler:innen nicht nur auf
7 nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene Chancen zu bieten.
8 Fremdsprachenunterricht in Schulen spielt hierbei eine wesentliche Rolle.

9 CLIL als Motor fürs Sprachenlernen

10 CLIC, Content and Language Integrated Learning, ist eine pädagogische Methode,
11 bei welcher Fachwissen in gewissen Gegenständen, z.B. Geographie oder Biologie
12 in einer Fremdsprache vermittelt wird, der Unterricht findet also quasi in jener
13 Fremdsprache statt.

14 Durch dieses Konzept lernen Schüler:innen, über verschiedenste Themen in
15 Fremdsprachen zu sprechen und nicht über das klassische „Wie geht's dir?“, „Was
16 sind deine Hobbys?“ und „Ich möchte mal xy werden.“. So wird sprachliche
17 Kompetenz gefördert und Schüler:innen haben die Möglichkeit, in der Theorie
18 Gelerntes in der Praxis anzuwenden. Neben sprachlichen Kompetenzen sorgt es auch
19 dafür, dass Schüler:innen sich mehr auf den Unterricht konzentrieren, da sie
20 sich in einer Fremdsprache meist nicht einfach berieseln lassen können, sondern
21 ihr aktives Gehör verwenden müssen.

22 Wir fordern, dass vermehrt CLIL-Unterricht an Österreichs Schulen angeboten
23 wird. Dies soll bereits in der Sekundarstufe 1 beginnen.

Um sicherzugehen, dass Schüler:innen, welcher weniger sprachlich talentiert sind, nicht auf der Strecke bleiben, ist es wichtig, dass dieses Angebot schulstandortspezifisch erarbeitet wird. Das Ziel ist es nicht, jedem:jeder Schüler:in Fremdsprachen aufzuzwingen, sondern jene, welche besonders begeistert sind mehr zu fördern. Hierbei sollen in jeder Schulstufe Gruppen gebildet werden, sodass klassenübergreifend der Unterricht im Fach in Deutsch unterrichtet wird und eine andere klassenübergreifende Gruppe in einer Fremdsprache.

Wir fordern klassenübergreifende Lehrangebote in gewissen Fächern in der Amtssprache sowie auch in einer Fremdsprache nach dem CLIL-Modell.

Am besten funktioniert dieses Modell in Zusammenarbeit mit Native-Speaker:innen, also Personen, welche die Fremdsprache als Muttersprache besitzen. Hierbei kann es von starkem Vorteil sein wenn beispielsweise eine Geographie-Lehrkraft gemeinsam mit einer anglophonen Person den Unterricht abhält, um Schüler:innen so bestens zu ermöglichen, dass sie neue Sprachkompetenzen lernen, während sie trotzdem auch den notwendigen Fachstoff aufnehmen können.

Wir fordern den vermehrten Einsatz von Native-Speaker:innen im Unterricht in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachlehrkräften.

Der Weg zum besseren Verständnis

Ein großer Teil Österreichs Schüler:innen hat nicht Deutsch als Muttersprache. Die meisten hierbei sind dann aber nicht englisch-/spanisch-/französischsprachig, also jene Sprachen die meistens an Schulen angeboten werden, sondern besitzen eine gänzlich andere Muttersprache. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass auch vermehrt andere Fremdsprachen, wie beispielsweise Arabisch oder BKS (Bosnisch-Kroatisch-Serbisch) angeboten werden, um ein einfacheres Zusammenleben zu ermöglichen. Sprachen sind nicht nur in der rein kognitiven Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig, sondern fördern auch gegenseitige Verständnis und bieten Einblicke in andere Kulturen und Gesellschaften.

Wir fordern, dass vermehrt Fremdsprachen an Österreichs Schulen angeboten werden, die bereits von Teilen der Bevölkerung als Muttersprache beherrscht werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Gregor Czepl*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A5: Wenn schon privat, dann ohne Staat!

Antragstext

1 In Österreich gibt es aktuell (Stand 2023) 5.936 Schulen, davon 776
2 Privatschulen. 43,5 % dieser Privatschulen (Stand 2020) sind konfessionelle
3 Schulen, also Einrichtungen, die von anerkannten Religionsgemeinschaften
4 betrieben werden.

5 Wir Junos Schüler:innen erkennen grundsätzlich das Recht an, Privatschulen zu
6 gründen und zu betreiben, und befürworten die Möglichkeit, Kinder an solchen
7 Schulen zu unterrichten.

8 Was wir jedoch entschieden ablehnen, ist die strukturelle Ungleichbehandlung
9 innerhalb des Privatschulwesens: Konfessionelle Schulen werden vom Staat massiv
10 bevorzugt – auf Kosten der Allgemeinheit. Laut Privatschulgesetz (§ 17–20)
11 übernimmt der Staat die Gehälter sämtlicher Lehrer:innen an konfessionellen
12 Privatschulen. Nicht-konfessionelle Schulen erhalten hingegen keinerlei
13 entsprechende Unterstützung.

14 Zusätzlich werden die Gehälter von Religionslehrer:innen vollständig aus
15 öffentlichen Mitteln bezahlt – obwohl diese ausschließlich von den jeweiligen
16 Religionsgemeinschaften bestellt, kontrolliert und inhaltlich gesteuert werden.
17 Diese Konstruktion widerspricht dem Prinzip eines säkularen Staates fundamental.
18 Insgesamt kostet diese systematische Bevorzugung den Staat Österreich jährlich
19 rund eine Milliarde Euro.

20 Diese ungleiche Finanzierung führt de facto zu einem staatlich geförderten Zwei-
21 Klassen Bildungssystem: Öffentliche Schulen auf der einen Seite – und meist
22 katholische Privatschulen auf der anderen Seite, die Schulgebühren verlangen
23 welche im internationalen Vergleich verschwindend gering sind (in Österreich
24 kostet der Besuch einer k. Privatschule rund ein Zehntel vom Besuch einer
25 Privatschule im Vereinigten Königreich), jedoch immer noch hoch genug sind, um

viele Familien auszuschließen. Das Ergebnis ist ein geschlossenes System für Kinder aus ohnehin schon privilegierten, gut situierten Haushalten. Die Möglichkeit, zusätzliche Beiträge einzuheben, verschafft diesen Schulen zudem einen Wettbewerbsvorteil durch exklusive Angebote und bessere Ausstattung.

Wir sagen klar: Subventionen dürfen kein Türöffner für religiöse Sonderrechte sein. Wenn Privatschulen gegründet werden, sollen sie auch tatsächlich privat agieren – ohne strukturelle Bevorzugung durch den Staat.

Daher fordern wir:

- Die Streichung der Sonderregelungen für konfessionelle Privatschulen im Privatschulgesetz (§ 17–20) und die Gleichstellung mit nicht-konfessionellen Privatschulen hinsichtlich staatlicher Förderungen.
- Die vollständige Finanzierung der Gehälter von Religionslehrer:innen durch die jeweiligen Religionsgemeinschaften, solange diese weiterhin exklusiv über Bestellung und Kontrolle dieser Personen verfügen.

Quellen:

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/schulbesuch/schulen> und-klassen

<https://www.jusline.at/gesetz/privschg/gesamt>

<https://www.statista.com/statistics/1448034/uk-private-school-fees/>

<https://fowid.de/meldung/oesterreich-konfessionelle-privatschulen>

<https://www.sn.at/leserforum/leserbrief/privilegien-kirche-173406496>

<https://www.schulamt.at/wp-content/uploads/2019/01/Religionsunterrichtsgesetz.pdf>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elija Lambourne*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A6: Frei statt Stundenfüller: Randstundenregelung in den SGA

Antragstext

Vorwort:

Eine Randstunde ist definiert als "Eine Unterrichtseinheit vor bzw. nach welcher am selben Tag keine weiteren Einheiten stattfinden.". Diese Randstunden kommen meistens dann zu Stande, wenn, aus unterschiedlichsten Gründen, eine Lehrperson entfällt und somit nicht unterrichten kann. Oftmals werden diese Einheiten aus trugschlüssigen Gründen zur Supplierung eingetragen. Unter anderem unter dem Vorwand, dass sich alle Schüler:innen in der Schule besser konzentrieren können und diese Supplierungseinheit als „allgemeine Lerneinheit“ genutzt werden könne. Dabei stellen solche Supplierungen für Schüler:innen meist keinen pädagogischen Mehrwert dar, sondern dienen vielfach der bloßen Stundenabdeckung.

Standpunkt:

Wir JUNOS Schüler:innen lehnen die im Vorwort erläuterte Argumentationslinie und Verallgemeinerung gezielt ab. Wir sind überzeugt davon, dass Schüler:innen einer AHS-Oberstufe, BMHS bzw. BS ausreichend Selbstständigkeit aufzeigen, um selbst entscheiden zu können, wo/wie sie am besten arbeiten. Auch ist bei Jugendlichen in dieser Altersgruppe überwiegend nicht von einer, wie im Gesetzestext geschrieben, "Gefährdung durch frühzeitige Entlassung" auszugehen. Unser Befinden ist dementsprechend, dass die Entscheidung der Schüler:innen in diesem Kontext im Vordergrund stehen sollte.

Konzept:

Wir sind uns im Klaren darüber, dass ein solches Problem keine bundes-/landesweit einheitliche Lösung, sondern eine schulautonome Lösung benötigt. Um eine solche autonome Lösung zu bieten, empfinden wir es als sinnvoll, lokalen Gremien Entscheidungen über die Randstundensupplierungen zu übergeben. Dafür

bietet sich der Schulgemeinschaftsausschuss (kurz SGA) besonders gut an. Der SGA ist für solche Entscheidungen das demokratisch legitimierteste der bereits etablierten Gremien einer Schule, da in diesem Vertreter:innen der Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern gemeinsam Entscheidungen treffen. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) die allgemeine Regelung bzgl. Randstundensupplierungen zu seinen Kompetenzen, welche im Schulunterrichtsgesetz § 64 Abs. 2 erläutert sind, beigelegt werden sollte.

Dabei soll es aber keinesfalls um kurzfristige Einzelfallregelungen, sondern um die generelle Regelung von schulinternen Richtlinien bezüglich Randstundensupplierungen gehen.

Unsere Forderung lautet demnach:

- Wir JUNOS Schüler:innen fordern, dass das Bildungsministerium dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) die Kompetenz zur allgemeinen Regelung von Randstundensupplierungen an der jeweiligen Schule überträgt.

Schlusswort:

Wir JUNOS Schüler:innen sind schon seit unserer Gründung überzeugt davon, dass eine hohe Schulautonomie einer der wichtigsten Aspekte eines guten Bildungssystems ist. Dementsprechend möchten wir mit diesem Antrag einen weiteren Schritt zu dieser Schulautonomie wagen. Wir hoffen, mit diesem Schritt einen positiven Unterschied im Alltag vieler Schüler:innen auszulösen.

ANTRAG

Antragsteller*in: Victoria Korbiel, Flora Majcen, Felix Wimmer, Doris Gherasim, Lena Roposa, Sophie Szklenar, Aleksey Svirkov, Louis Oberhammer, Marvin Feigl (AG Feminismus)

Tagesordnungspunkt: 13.3. Weitere Anträge

A7: You don't own me - Feminismus ist kein Freifach!

Antragstext

Wir leben in einer Welt, wo alle Geschlechter gleichberechtigt sind. Wo man sich in der Nacht am Heimweg sicher fühlt. Wo keines der Geschlechter auf Social Media herabgesetzt wird und wo man in den eigenen vier Wänden vor Gewalt geschützt ist.

Das ist leider nur ein Wunschdenken, denn die Realität schaut anders aus. Sexismus, Sexualisierte Gewalt und Sexuelle Belästigung sind keine Themen der Vergangenheit. 3 von 4 Frauen geben an im Laufe ihres Lebens sexuell belästigt worden zu sein. Eine von drei befragten Frauen oder Mädchen geben an, innerhalb des letzten Jahres zumindest einmal Gewalt im Netz erlebt zu haben, in der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren lag der Anteil sogar bei 63 Prozent. Jede dritte Frau ist im Laufe ihres Lebens von sexualisierter Gewalt betroffen. Femizide stellen dabei die tödliche Kulmination einer langen Eskalationskette dar.

Gewalttaten gegen Frauen, Mädchen und queere Personen sind keine Einzelschicksale, sondern ein strukturelles Problem. Sie passieren in der Schule, in Familien, in der Öffentlichkeit und im digitalen Raum. Sie basiert auf Machtimbancen, fehlender Aufklärung und gesellschaftlichen Stigmas. Schule ist nicht bloß ein Ort des Lernens, sondern muss aktiv zur Gewaltprävention beitragen. Deshalb fordern wir als Junos Schüler:innen ein umfassendes Konzept gegen jede Art von Gewalt als festen Bestandteil unseres bildungspolitischen Programms, zusätzlich sollen Maßnahmen gesetzt werden, um Empowerment zu stärken.

1. Geschlechtergerechtigkeit & Feministische Bildung an Schulen

Ein zentraler Aspekt geschlechtergerechter und feministischer Bildung an Schulen ist die kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Rollenbildern. Durch gezielte Aufklärung im Unterricht sollen Schülerinnen und Schüler ein Bewusstsein für gesellschaftlich geprägte Erwartungen an Geschlecht entwickeln. Ziel ist es, stereotypische Vorstellungen aufzubrechen und allen Kindern unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dazu gehört auch, sexistische Kleidungs Vorschriften an Schulen zu verbieten. Kleidungsregeln, die vor allem Mädchen in ihrer Ausdrucksfreiheit einschränken oder sie sexualisieren, reproduzieren Machtverhältnisse und benachteiligen bestimmte Gruppen. Eine geschlechtergerechte Schule muss stattdessen auf gegenseitigen Respekt und ein diskriminierungsfreies Miteinander setzen.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung ist die Förderung der Sichtbarkeit von Frauen in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Die Zusammenarbeit mit dem Elternverein kann hierbei einen bedeutenden Beitrag leisten, etwa durch Informationsveranstaltungen, Role-Model-Programme oder praxisnahe Projekte, die gezielt Mädchen ansprechen. So werden vielfältige Berufswege greifbar gemacht und tradierte Rollenzuschreibungen durchbrochen. Langfristig trägt diese Herangehensweise zu einer chancengerechteren Bildungs- und Berufswelt bei.

- Aufklärung im Unterricht über geschlechtsspezifische Rollenbilder

- Verbot von sexistischen Kleidungs Vorschriften

- Mehr Sichtbarkeit von Frauen in MINT Berufen durch Zusammenarbeit mit dem Elternverein

2. Gewaltprävention an Schulen

Strukturelle Maßnahmen zur Gewaltprävention an Schulen sind essenziell, um ein sicheres und unterstützendes Lernumfeld für alle Schüler:innen zu schaffen. Ein ganzheitlicher Ansatz umfasst dabei verschiedene Präventionsebenen.

In der Primärprävention soll durch Unterricht über unterschiedliche Formen von Gewalt – etwa physische, psychische oder strukturelle Gewalt – sowie durch die Förderung von Empathie und Reflexionsfähigkeit ein grundlegendes Bewusstsein geschaffen und Gewalt frühzeitig entgegengewirkt werden.

Sekundärprävention zielt auf die gezielte Unterstützung von Risikogruppen ab, um Eskalationen zu verhindern und betroffene Schüler:innen frühzeitig zu stärken.

Im Rahmen der Tertiärprävention steht die langfristige Begleitung von Schüler:innen mit Gewalt- oder Konflikterfahrungen im Fokus – mit dem Ziel, soziale Kompetenzen zu fördern und Rückfälle zu vermeiden, anstatt lediglich zu sanktionieren.

Konkret fordern wir den Ausbau von Schulpsycholog:innen sowie die Einrichtung von Mentoringprogrammen, um Schüler:innen kontinuierlich zu begleiten. Lehrkräfte sollten zudem verpflichtend in Deeskalationsstrategien geschult werden, um professionell auf Konfliktsituationen reagieren zu können. Auch Mediations- und Peer-Mediationsangebote sollen fest im Schulalltag verankert werden, um Schüler:innen selbst zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Darüber hinaus ist der Aufbau von Awareness-Teams mit regelmäßiger Supervision notwendig, um präventiv und unterstützend auf problematische Entwicklungen reagieren zu können. Eltern sollen aktiv in die schulischen Präventionskonzepte eingebunden werden, um eine nachhaltige Wirkung über das Schulumfeld hinaus zu erzielen. Schließlich ist die Kooperation mit externen Partner:innen, wie etwa Organisationen, die Menschen nach Gewalterfahrungen professionell unterstützen, ein zentraler Baustein, um betroffenen Schüler:innen umfassende Hilfe und Schutz bieten zu können.

- Ausbau von Schulpsycholog:innen und Mentoringprogrammen.

- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte speziell im Punkt Deeskalation.

- Mediation und Peer-Mediation fest verankern.

- Aufbau von Awareness-Teams mit Supervision.

- Einbindung der Eltern in Präventionskonzepte.

- Kooperation mit externen Partner:innen wie NGOs, Hilfsanlaufstellen etc.

3. Aufklärung & Empowerment im digitalen Raum

Technologien wie etwa Social Media oder künstliche Intelligenz sind in unserer heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Sie können zur Unterhaltung dienen, als Tools für die Steigerung der Produktivität verwendet oder als Kommunikationsplattform benutzt werden. Gleichzeitig birgt die Nutzung vielfältige Gefahren. Cybermobbing, Deepfakes zur Verbreitung von Falschinformationen oder unrealistische Körperbilder sind nur ein paar Beispiele für dessen Risiken. Umso wichtiger ist es Schüler:innen den richtigen Umgang mit

diesen Werkzeugen zu lehren und sie über die Vorteile als auch Nachteile aufzuklären. Deswegen fordern wir als Junos Schüler:innen:

- Kritische Medienkompetenz als Pflichtbestandteil.
- Reflexion von Schönheitsidealen & Selbstbild in sozialen Medien.
- Aufklärung über Diskriminierung im Netz.
- Bekämpfung digitaler Gewalt durch rechtliche Bildung.

4. Umfassende Sexualbildung

Jeder Mensch hat das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Für viele Personen ist Sexualität und dessen Ausübung ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens als auch Identität. Allerdings ist dieses Thema immer noch häufig mit Scham behaftet und das Wissen bezüglich Sexualkunde ist begrenzt. Das Ausüben von sexuellen Handlungen ist für Jugendliche ab 14 Jahren gesetzlich erlaubt. Fraglich ist, wie viele dieser 14-Jährigen eine umfangreiche, wissenschaftsbasierte Aufklärung über Verhütung, Konsens oder sexuelle Gesundheit erhalten haben. Deshalb haben wir JUNOS Schüler:innen schon in unserem Antrag "Bester Sex durch beste Sexualkunde" unsere Vision für eine liberale Sexualkunde geäußert. Weiters fordern wir nun:

- Eine vollständige und offene Aufklärung zu Abtreibung & Schwangerschaftsverlust im Rahmen des Sexualkundeunterrichts.

5. Recht auf Schutz – Nulltoleranz bei Gewalt

Fast jeder würde befürworten, dass Gewalt moralisch falsch ist und Maßnahmen zu dessen Senkung empfehlenswert sind. Trotzdem treten Gewalthandlungen wie etwa Mobbing, körperliche Gewalt oder sexuelle Belästigung immer noch häufig in unserer Gesellschaft auf. Denn während die Fahndung von Gewalttaten ein essenzieller Faktor sind für dessen Bekämpfung, wird die Wichtigkeit von Gewaltvorbeugung oft außer Acht gelassen. Darum fordern wir als Junos Schüler:innen:

- Schulen als sichere Orte mit Schutzkonzepten.
- Schulungen für Lehrer:innen um Warnsignale häuslicher Gewalt erkennen und handeln zu können.

- 119 - Einführung einer niederschwellige Meldestelle für Schüler:innen um
120 Unterstützung und Hilfe bei Gewalt im privaten oder schulischen Umfeld zu
121 erhalten.
- 122 - Regelmäßige Workshops zu Gewalt, Mobbing und Selbstverteidigung.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Marcus Lieder, Lorenz Unger und Lorenz Horvath*

Tagesordnungspunkt: *13.3. Weitere Anträge*

A8: Keine Angst vor KI – die Zukunft ist jetzt

Antragstext

1 Innerhalb der letzten Jahre ist die Relevanz und Nutzung Künstlicher Intelligenz
2 exponentiell gestiegen. Sowohl im Privat- und Berufsleben als auch in der Schule
3 kann man hier nicht mehr die Augen verschließen und Angst walten lassen.
4 Künstliche Intelligenz ist schon lange kein Zukunftsthema mehr – sie ist Teil
5 unseres Alltags. Sie beeinflusst zunehmend, wie wir lernen, kommunizieren und
6 arbeiten.

7 Für eine moderne Bildungspolitik bedeutet das: Statt Unsicherheit oder Verbote
8 braucht es einen aufgeklärten, verantwortungsvollen und chancenorientierten
9 Umgang mit neuen Technologien. Hierzu zählt nicht nur das Aufklären über KI und
10 ihre Fähigkeiten, sondern vor allem auch die Integration künstlicher Intelligenz
11 in den Schulalltag. Unser Credo lautet stets, dass wir aus Schüler:innen
12 selbstbestimmte Bürger:innen machen wollen, die auf das Leben vorbereitet sind.
13 Gerade deswegen müssen Schüler:innen lernen, wie sie mit neuen Technologien
14 umzugehen haben und wie sie diese nutzen können, um ihr volles Potential
15 auszuschöpfen. Im Berufsleben heißt es nicht: „Du darfst ChatGPT nicht fragen,
16 was xy bedeutet!“, sondern hier ist die Integration von KI meist gewünscht – die
17 Schule muss sich an die Realität anpassen!

18 • Wir fordern gezielte Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im Bereich der
19 Künstlichen Intelligenz und ihrer Integration in den Schulalltag.

20 • Wir fordern einen sensiblen und sinnvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz
21 an Österreichs Schulen statt stumpfer Verbote

22 • Wir fordern, dass in der Schule Kompetenzen in Bezug auf Künstliche
23 Intelligenz unterrichtet werden.

24 o Hierzu gehört das Arbeiten mit KI, die Gefahren von KI, der Umgang mit KI

- 25 sowie die technischen Hintergründe künstlicher Intelligenz.
- 26 o Im Vordergrund soll das Suchen, Auswerten und kritische Denken digitaler
27 Informationen stehen.
- 28 o Schüler:innen soll ebenfalls beigebracht werden, wie das Generieren von
29 Informationen mittels KI funktioniert, um so das kritische Hinterfragen aller
30 digitalen Informationsquellen zu fördern.